



Jahresbericht 2015



BUNDESPOLIZEI

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Grußwort des Bundesministers des Innern	1
Vorwort des Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums	3
Stichworte zur Bundespolizei	4
Die Bundespolizei auf einen Blick	6
Personal	8
Organisation	22
Aus- und Fortbildung	28
Fußballeinsätze	32
GSG 9 der Bundespolizei/Personenschutz Ausland	34
Die BFE+ der Bundespolizei	36
Bundespolizei – Zahlen, Daten, Fakten	38
Ausland	68
Prävention	72
Polizeitechnik	74
Spitzensportförderung	90

Vorbemerkung:

Aus Gründen der Übersichtlichkeit können geschlechtsneutrale Formulierungen oder Paarformeln nicht durchgängig eingesetzt werden. Dem Grundsatz der sprachlichen Gleichstellung von Mann und Frau in Form einer geschlechtsgerechten Amtssprache wird daher in diesem Jahresbericht insoweit Rechnung getragen, als eine männliche Formulierung automatisch die weibliche Form beinhaltet und beide Geschlechter ausdrücklich in gleicher Weise angesprochen sind.

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt heute kaum einen Tag, an dem medial nicht auf die mittelbare oder sogar unmittelbare Befassung der Bundespolizei mit den drängenden Fragen der Zeit eingegangen wird. Dies ist zumindest mein persönlicher Eindruck. Egal, ob es um die Bewältigung der Migrationslage – entweder an der deutsch-österreichischen Grenze oder auf dem Mittelmeer vor den griechischen Inseln –, um die Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder um die öffentlich diskutierte Kostenfrage von Fußballeinsätzen geht – die Bundespolizei ist immer betroffen.

Die Bundespolizei wurde 2015 mit rund 500 zusätzlichen Planstellen und Stellen gestärkt. In diesem Kalenderjahr hat sich die Regierungskoalition darauf verständigt, dass die Bundespolizei weitere 3.000 Planstellen erhalten wird, von denen mit dem Bundeshaushalt 2016 bereits die ersten 1.000 ausgebracht wurden. In 2016 hat die Bundespolizei insgesamt 1.568 Planstellen und Stellen erhalten. Der Stellenbestand wird sich bis 2018 im Vergleich zu 2014 um mindestens 4.200 erhöhen. Dies ist eine Entwicklung, über die ich mich freue, weil damit die Bundespolizei auch in Zukunft einen herausragenden Beitrag zur öffentlichen Sicherheit in Deutschland leisten kann. Dabei werden der Schutz der Außengrenzen und des zivilen Luft- und Bahnverkehrs weiterhin die Schlüsselrolle spielen.

Die Struktur der Anschläge in Paris und Brüssel hat deutlich gemacht, dass wir die Bundespolizei um ein entscheidendes neues Element ergänzen müssen. Im Dezember 2015 habe ich daher die erste Teileinheit der BFE+ in Blumberg in den Dienst gestellt. Die BFE+ soll künftig zur Unterstützung der GSG 9 im terroristischen Anschlagfall zum Einsatz kommen und deren Reaktions- und Durchhaltefähigkeit stärken. Schutzausstattung der höchsten Schutzklasse, stärkere Schusswaffen, modernste Kommunikationsmittel und besondere, teils sondergeschützte Fahrzeuge werden die hohe Schlagkraft der Einheit sicherstellen.



Die Bundespolizei hat im Jahr 2015 Großartiges geleistet. Allen, die dazu beigetragen haben, danke ich sehr herzlich für ihr Herzblut und die an den Tag gelegte Professionalität. Wir können stolz auf unsere Bundespolizei sein.

Dr. Thomas de Maizière, MdB
Bundesminister des Innern



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Leserinnen und Leser,

das Jahr 2015 war für die Bundespolizei ein ganz besonderes. Die Anschläge in Paris und Brüssel, das Attentat in Kopenhagen, der Schusswechsel im Thalys, die Absage des Fußball-Länderspiels in Hannover sowie die vielen anderen Terrorwarnungen und Silvester in Köln haben uns bis an die Grenzen – und teilweise auch darüber hinaus – gefordert. Und unser Einsatz anlässlich des G7-Gipfels im bayerischen Elmau und natürlich die – uns weiterhin in Atem haltende – Migrationskrise. Durch die Bundespolizei wurden im Jahr 2015 insgesamt 865.374 Migranten bei der unerlaubten Einreise festgestellt. Allein seit der vorübergehenden Wiedereinführung der Grenzkontrollen am 13. September 2015 waren es bis Jahresende mehr als 717.000. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2014 waren es etwa 57.000, im Jahr 2013 ca. 32.500.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei führte all das zu einem angehäuften Berg von etwa 2,9 Millionen Überstunden – auf allen Ebenen, quer durch die ganze Organisation. Unterm Strich ist die gesamte Bundespolizei im Grunde spätestens seit dem G7-Einsatz „nicht mehr aus den Stiefeln herausgekommen“. Was das in letzter Konsequenz auch an Belastungen für das Familienleben aller Betroffenen bedeutet, lässt sich im Einzelnen nur erahnen.

Umso dankbarer bin ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass auf sie auch unter diesen Bedingungen im Jahr 2015 stets Verlass war – im Inland wie im Ausland. Die Bundesregierung und der Haushaltsgesetzgeber haben auf den Dauereinsatz der Bundespolizei reagiert und uns 3.000 zusätzliche Stellen gewährt. Auch hierfür bin ich ausgesprochen dankbar. Das ist ein großer



Schritt in die richtige Richtung, auch wenn die ersten 1.000 neuen Kolleginnen und Kollegen nicht vor dem Jahr 2019 ausgebildet sein können. Damit dies gelingen kann, bedarf es bis 2021 zusätzlicher Anstrengungen der gesamten Organisation.

Ich wünsche Ihnen nun eine interessante Lektüre des vorliegenden Jahresberichts Ihrer Bundespolizei,

Dr. Dieter Romann,
Präsident des Bundespolizeipräsidiums

„Die Bundespolizei ist auf das Äußerste gefordert und leistet großartige Arbeit“*

* „Es ist richtig, dass wir jetzt abschieben“, Interview mit dem Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, BILD am Sonntag vom 23. August 2015

Stichworte zur Bundespolizei

- ▶ *Europa ist geprägt durch einen freien Personenverkehr innerhalb der Schengen-Staaten. Gerade in diesem gemeinsamen Raum der Freizügigkeit gilt es aber, grenzüberschreitenden Gefahren entschlossen entgegenzutreten – national genauso wie durch gemeinsame Anstrengungen auf internationaler Ebene.*
- ▶ *Der grenzpolizeiliche Schutz des Bundesgebiets obliegt dem Bund. Zentraler Akteur ist die Bundespolizei, die im nationalen Raum flächendeckend präsent ist, sich aber auch auf internationaler Ebene engagiert. Gefahrenabwehr ist von grundlegender Bedeutung für die Sicherheit in unserem Gemeinwesen.*
- ▶ *Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ist die Bundespolizei seit 1951*

ein wichtiger Partner und aufgrund der ihr zugeschriebenen Aufgaben ein integraler Bestandteil der Sicherheitsarchitektur. Das gemeinsame Wirken der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, in Deutschland ein hohes Sicherheitsniveau zu erreichen.

- ▶ *Eng vernetzt mit den Sicherheitsbehörden im In- und Ausland nimmt die Bundespolizei ihre vielfältigen Aufgaben wahr, z.B. auch in Frontex-Einsätzen. Globalisierung und zunehmendes Verkehrsaufkommen erleichtern es auch Kriminellen, grenzüberschreitend tätig zu werden. Dem tritt die Bundespolizei entgegen – mit grenzüberschreitender Vernetzung, zentral gesteuerter Präsenz, nachhaltiger Kriminalitätsbekämpfung mit offensiver Fahndung und Ermittlung sowie dem Schutz kritischer Infrastruktur.*



- ▶ *Die Bundespolizei arbeitet eng mit dem Bundeskriminalamt und den Landespolizeien zusammen. Im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus und der Politisch Motivierten oder auch Organisierten Kriminalität leistet die Bundespolizei einen bedeutsamen Beitrag. Die vielschichtigen Tätigkeitsfelder werden zudem durch eine Ordnungspartnerschaft mit der Deutschen Bahn AG wie auch einer festen Kooperation mit privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem Sicherheitsgewerbe intensiviert.*
- ▶ *Die Bundespolizei unterhält im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung eine intensive Zusammenarbeit mit ausländischen Staaten und europäischen Agenturen, z.B. Europol. Diese feste Kooperationsebene in der EU bestimmt die europäische Schwerpunktsetzung bei der Bekämpfung der schweren und Organisierten*

Kriminalität. Die Bundespolizei vertritt für die Bundesrepublik Deutschland die Priorität „Illegale Migration“. Zur Koordinierung dieser europäischen Maßnahmen ist die Bundespolizei im deutschen Verbindungsbüro bei Europol vertreten.

- ▶ *Zu den Stärken der Bundespolizei gehören Flexibilität, schnelle Einsatzbereitschaft, hohe Mobilität sowie die gewachsene operative und strategische Einheit von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.*
- ▶ *Mit mehr als 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Bundespolizei an 165 Standorten in ganz Deutschland präsent. In der Oberbehörde der Bundespolizei, dem Bundespolizeipräsidium in Potsdam, laufen alle Fäden zusammen. Die Bundespolizei untersteht dem Bundesminister des Innern.*



Die Bundespolizei auf einen Blick

Rund um die Uhr engagiert sich die Bundespolizei mit modernen Einsatzmitteln für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gäste unseres Landes. Die Einsätze erfolgen schwerpunktmäßig im Grenzraum, auf dem Gebiet der Bahnanlagen, an den Küsten und auf Flughäfen. Auch Großinsätze sowie internationale Polizeimissionen gehören zu ihren Hauptaufgaben. Die Hubschrauber des Flugdienstes der Bundespolizei unterstützen aufgabenübergreifend.

► Für die **grenzpolizeiliche** Gefahrenabwehr ist die Bundespolizei räumlich in einem 30 km breiten Gebiet entlang der rund 3.760 km langen **Landgrenzen** zuständig. An den 760 km langen **Seegrenzen** in der Nord- und Ostsee ist ihr Zuständigkeitsbereich 50 km breit. Zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität überwacht, fahndet und ermittelt die Bundespolizei. Außerdem führt sie an vielen Flug- und Seehäfen grenzpolizeiliche Kontrollen durch und vollzieht aufenthaltsbeendende Maßnahmen.

► Die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung im **Bahnverkehr** ist ebenfalls eine der Kernaufgaben der Bundespolizei. Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes sind Teil der kritischen Infrastruktur Deutschlands.

► Die Bundespolizei schützt besonders gefährdete **Verfassungsorgane** und Ministerien des Bundes. Darunter befinden sich die Liegenschaften von Bundespräsidialamt, Bundeskanzleramt, Auswärtigem Amt, der Bundesministerien des Innern und der Justiz sowie des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Seit August 2015 ist sie auch für den Schutz der Zentrale der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main verantwortlich.

► Die **Sicherheit des Luftverkehrs** gewährleistet die Bundespolizei auf 14 großen deutschen Verkehrsflughäfen. Zu ihren Aufgaben gehören die Überwachung des Flughafengeländes sowie – mit Ausnahme des Flughafens München – die Kontrolle der Reisenden und ihres Gepäcks. Darüber hinaus setzt die Bundespolizei zur Sicherheit vor Gefahren für den Luftverkehr an Bord deutscher Luftfahrzeuge Flugsicherheitsbegleiter ein.

► In Nord- und Ostsee ist die Bundespolizei mit ihrer **maritimen Komponente** im Einsatz. Mit ihren Einsatzmitteln wehrt sie grenzpolizeiliche Gefahren an der deutschen Schengen-Außengrenze ab, kontrolliert den Seeverkehr, ermittelt bei Verstößen gegen Umweltbestimmungen und berät deutsche Reedereien bei der weltweiten Abwehr von Piratenangriffen. Die Bundespolizei ist Teil der Küstenwache des Bundes.

► Die **GSG 9** ist die polizeiliche Spezialeinheit der Bundespolizei zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Gewaltkriminalität. Zudem nimmt der Kommandeur der GSG 9 gegenwärtig den Vorsitz im Verbund der europäischen Antiterrorereinheiten ATLAS wahr.

► Die **Bundesbereitschaftspolizei** verfügt über schnell einsetzbare Einheiten, die insbesondere bei Veranstaltungen und Versammlungen die eigenen Bundespolizeidirektionen und andere Bedarfsträger unterstützt und damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der inneren Sicherheit in Deutschland leistet.

► Eine weitere Kernkompetenz der Bundespolizei bildet die **Fahndung** nach Personen und Sachen. Im Jahr 2015 konnte sie insgesamt 121.710 Fahndungserfolge verbuchen. Das entspricht in etwa dem Vorjahresniveau. Der Anteil der vollstreckten Haftbefehle beläuft sich dabei auf 12.306. Das Schengener Informationssystem mit seinen Ausschreibungen verhalf ihr zu 18.286 Fahndungstreffern. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 11,55 Prozent.

► Der Bereich der **Kriminalitätsbekämpfung** in der Bundespolizei ist durch eine phänomenspezifische Ermittlungskompetenz gekennzeichnet. Schwerpunkte hierbei bilden vielschichtige Sachverhalte wie Schleusungskriminalität, Gewaltkriminalität, Eigentumskriminalität durch reisende Täter sowie Gefahrenabwehr in Bezug auf die Politisch Motivierte Kriminalität.



Personal



40.866

[Gesamtzahl aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Bundespolizei]

Das Personal der Bundespolizei

Stand: 31. Dezember 2015

160

[Spitzensportler der Bundespolizei (83 Sommersportler und 77 Wintersportler)]

31,60 %

[Anteil gehobener Dienst (ohne Anwärter, jedoch inkl. Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte)]

14,83 %

[Frauenanteil im Polizeivollzugsdienst (ohne Anwärterinnen)]

8.345

[Frauen in der der Bundespolizei]

22

[Hauptamtliche Seelsorger (evangelisch/katholisch)]

1.868

[Schwerbehinderte bzw. denen gleichgestellte Beschäftigte]

503

[Im Dienst verletzte Polizeivollzugsbeamte]

3.260

[Anwärter im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst]

44,32

[Durchschnittsalter in der Bundespolizei (ohne Anwärter, jedoch inkl. Tarifbeschäftigte im Polizeivollzugsdienst)]

7.026

[Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte]

55,45 %

[Anteil mittlerer Dienst (ohne Anwärter, jedoch inkl. Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte)]

3,02 %

[Anteil einfacher Dienst (inkl. Tarifbeschäftigte)]

686

[Ausländische Mitarbeiter, deutsche Mitarbeiter ausländischer Herkunft sowie Doppel- und Mehrstaater im Polizeivollzugsdienst]

350

[Ärztlicher Dienst]

1,22 %

[Anteil höherer Dienst (ohne Anwärter, jedoch inkl. Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte)]

138

[Angehörige der Bundespolizei-Orchester]

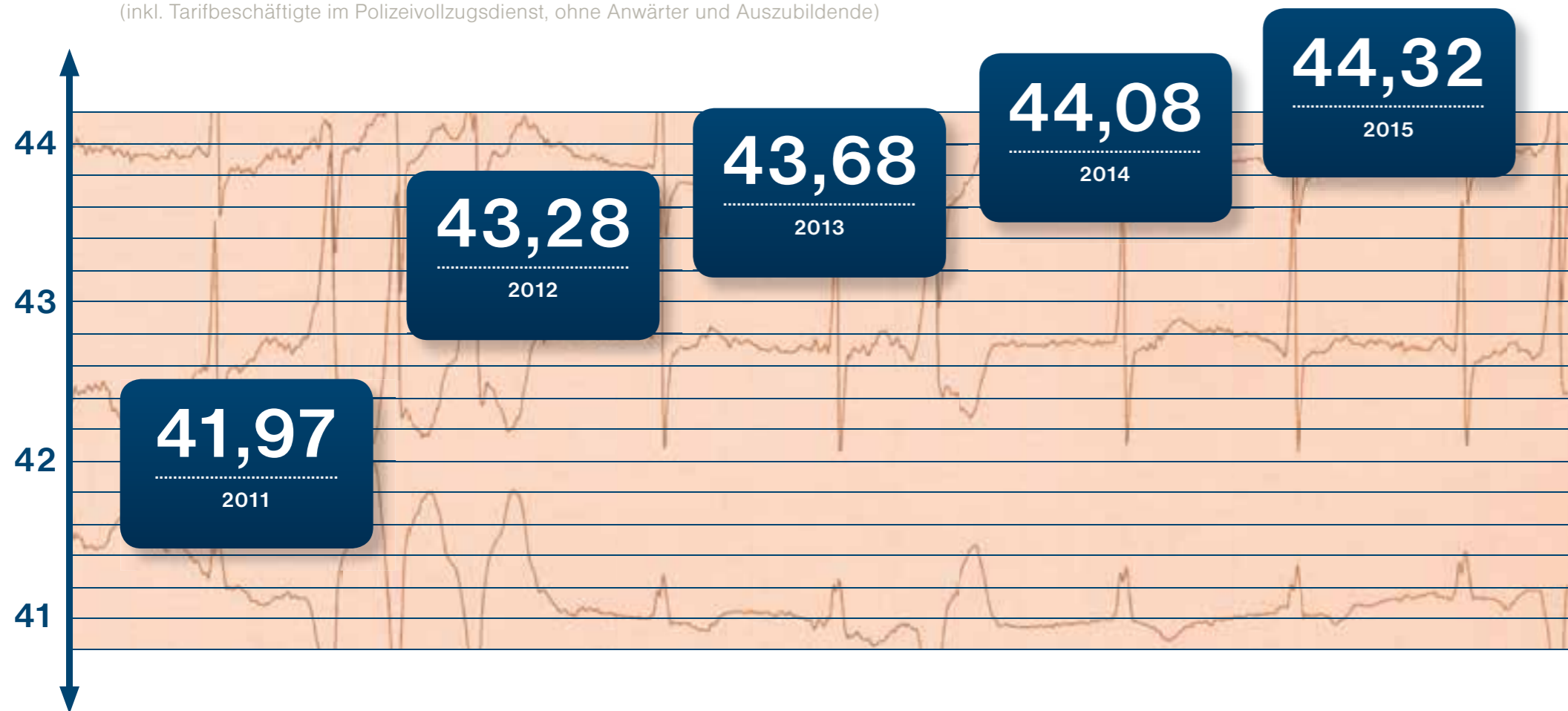
30.580

[Polizeivollzugsbeamte (ohne Verwaltung und Anwärter)]

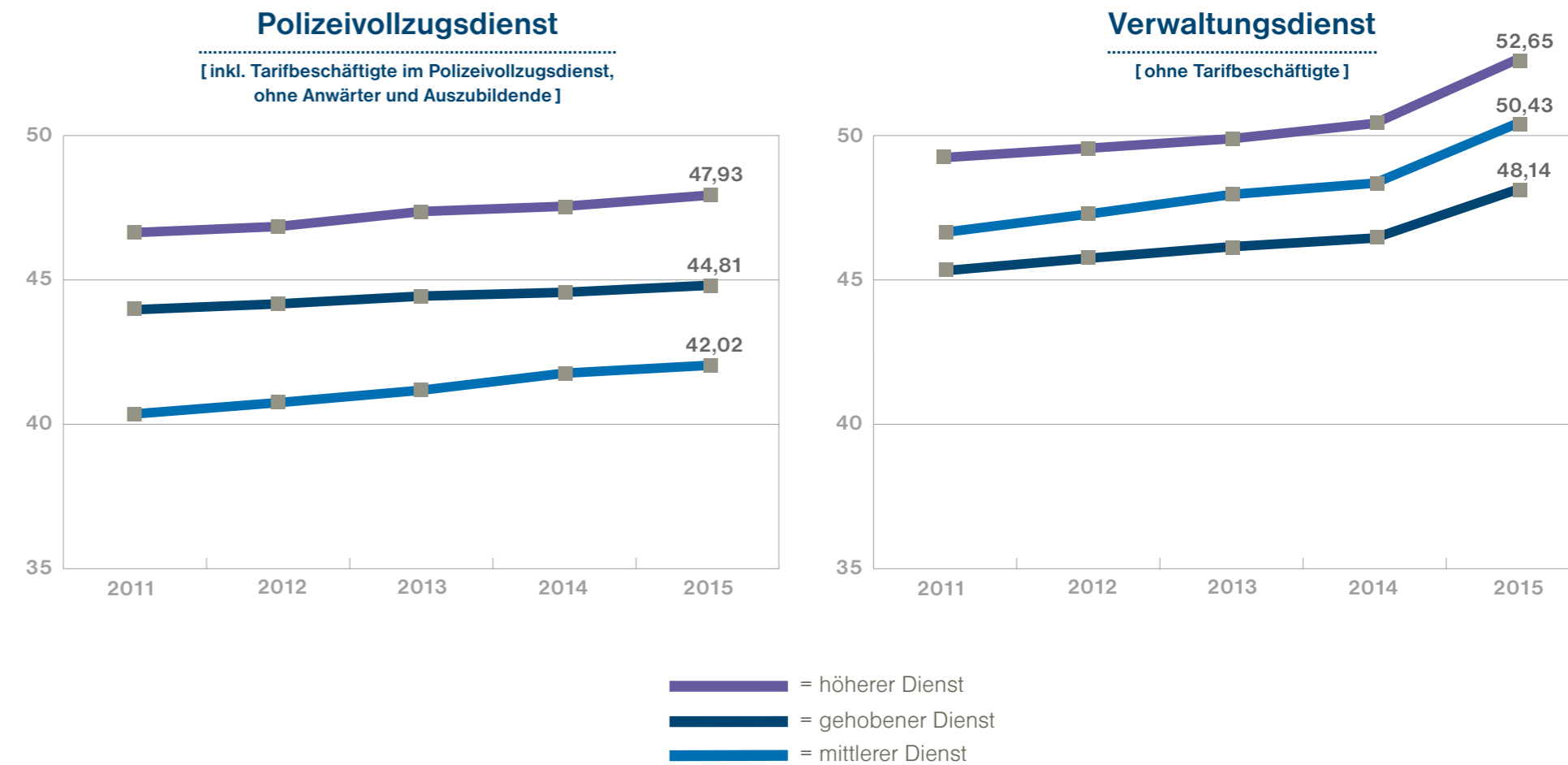


Entwicklung des Durchschnittsalters in der Bundespolizei in Jahren

(inkl. Tarifbeschäftigte im Polizeivollzugsdienst, ohne Anwärter und Auszubildende)

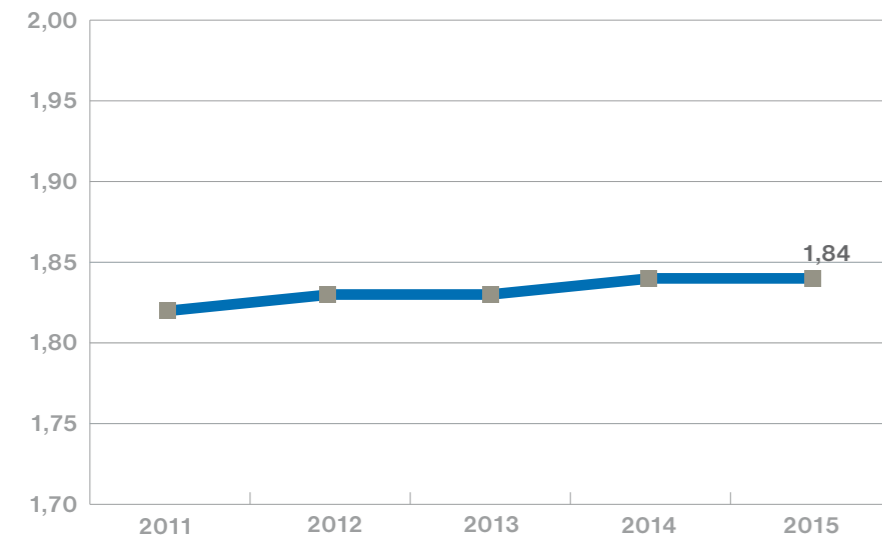


Altersstruktur der Bundespolizei

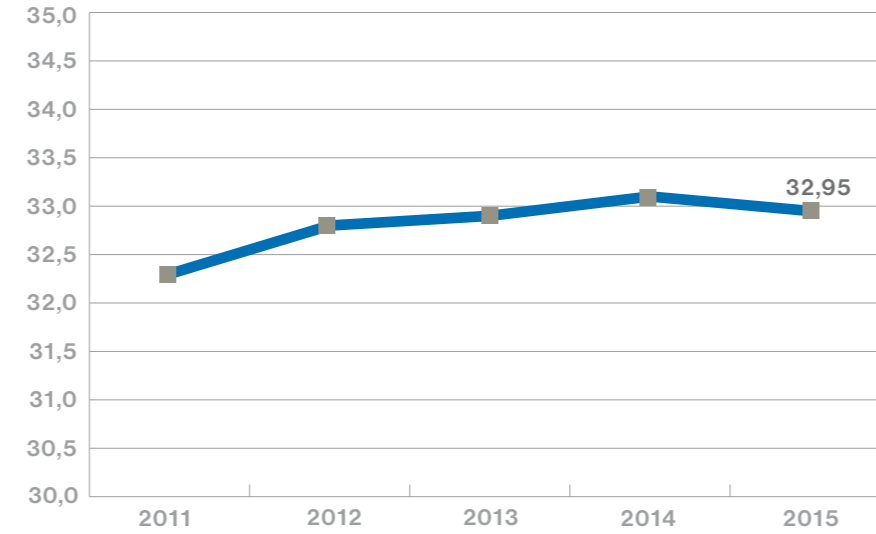


Beruf und Familie

Durchschnittliche Geburtenrate in der Bundespolizei

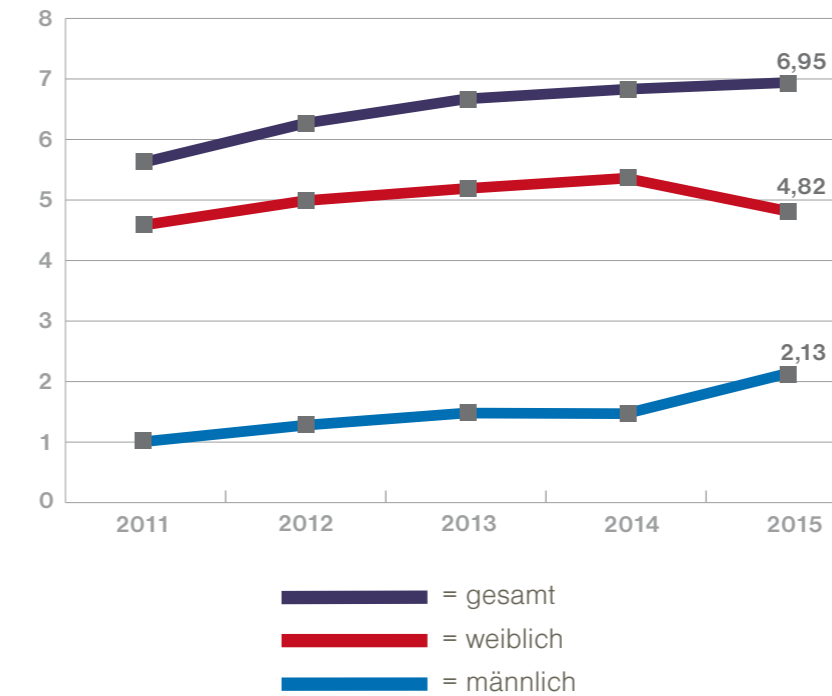


Durchschnittliches Alter der Mütter in der Bundespolizei bei der Geburt des Kindes



Teilzeitbeschäftigung von Polizeivollzugsbeamten in der Bundespolizei

[Angaben in Prozent]



Die Bundespolizei ist seit 2014 als familienfreundlicher Arbeitgeber von der berufundfamilie Service GmbH zertifiziert. Seitdem konkretisieren und setzen die einzelnen Bundespolizeidirektionen, die Bundespolizeiakademie sowie das Bundespolizeipräsidium die in der ersten Zielvereinbarung festgelegten Themen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie um.

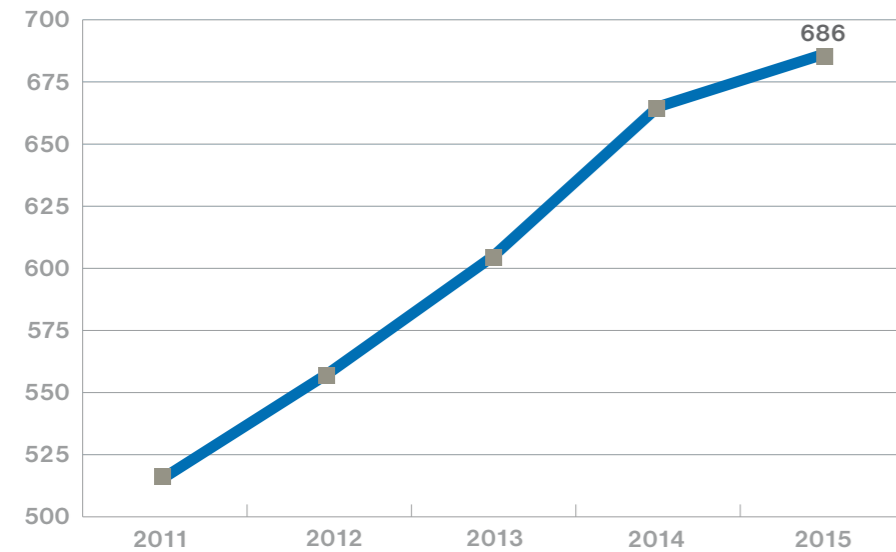
Bereits vorhandene und etablierte Maßnahmen in den Bundespolizeibehörden werden zeitnah flächendeckend in der gesamten Bundespolizei realisiert. Insbesondere die Gestaltung der Arbeitszeit der Beschäftigten ist ein zentraler Bestandteil. Durch eine flexible Gestaltung der Tag- und Schichtdienstmodelle können dienstliche und familiäre Verpflichtungen besser miteinander vereinbart werden.

Zusätzlich werden neuartige familienfreundliche Lösungen entwickelt, die bedarfsgerecht und individuell angepasst werden können. Entsprechende Pilotprojekte werden derzeit von den einzelnen Bundespolizeibehörden ausgearbeitet. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die zweite Zielvereinbarung im Rahmen der Re-Auditierung.

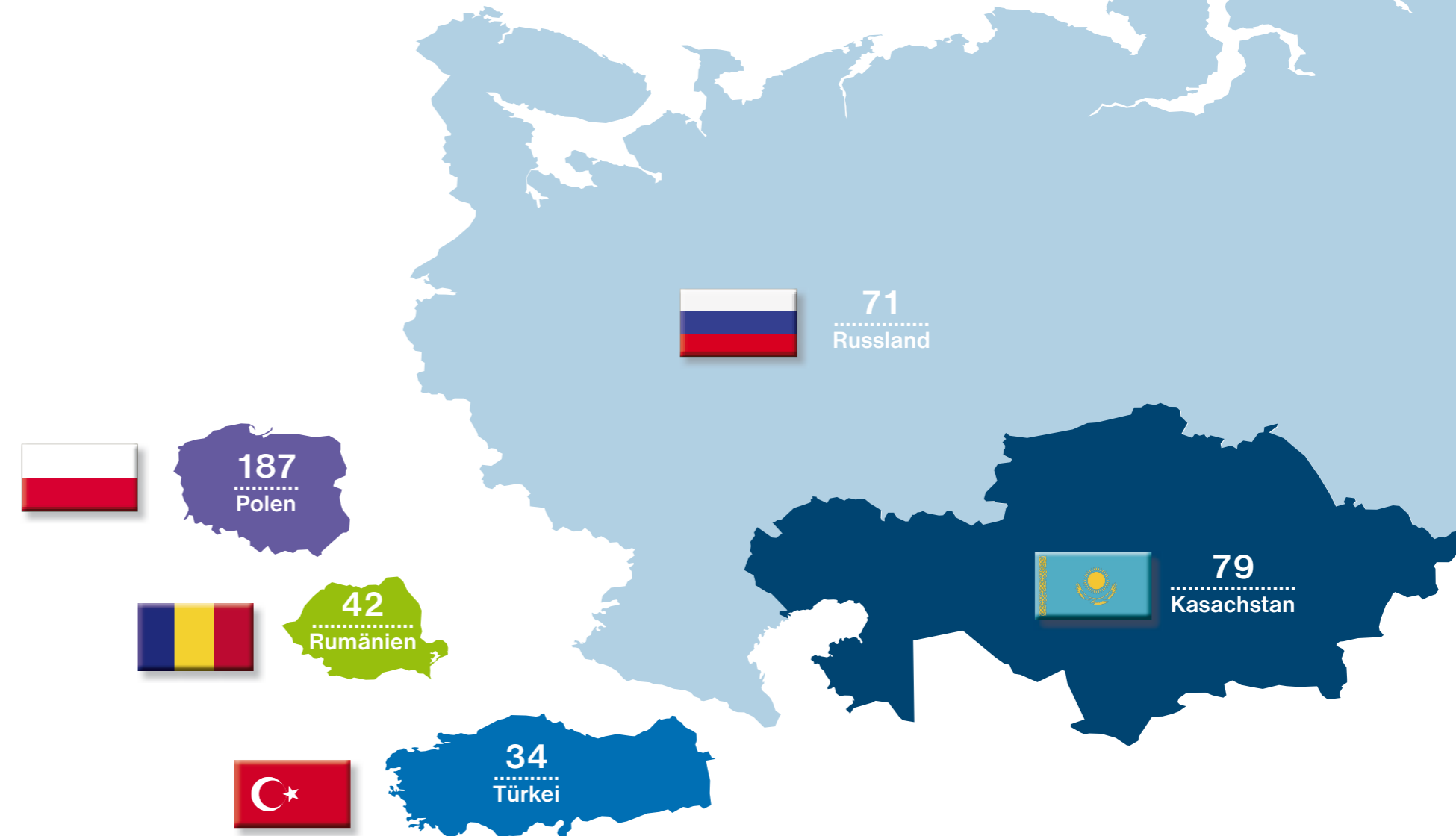
Deutsche Mitarbeiter ausländischer Herkunft im Polizeivollzugsdienst*

einschließlich Doppel- und Mehrstaater (inkl. Anwärter)

* Deutsche Beamte mit Migrationshintergrund werden statistisch nicht erfasst.

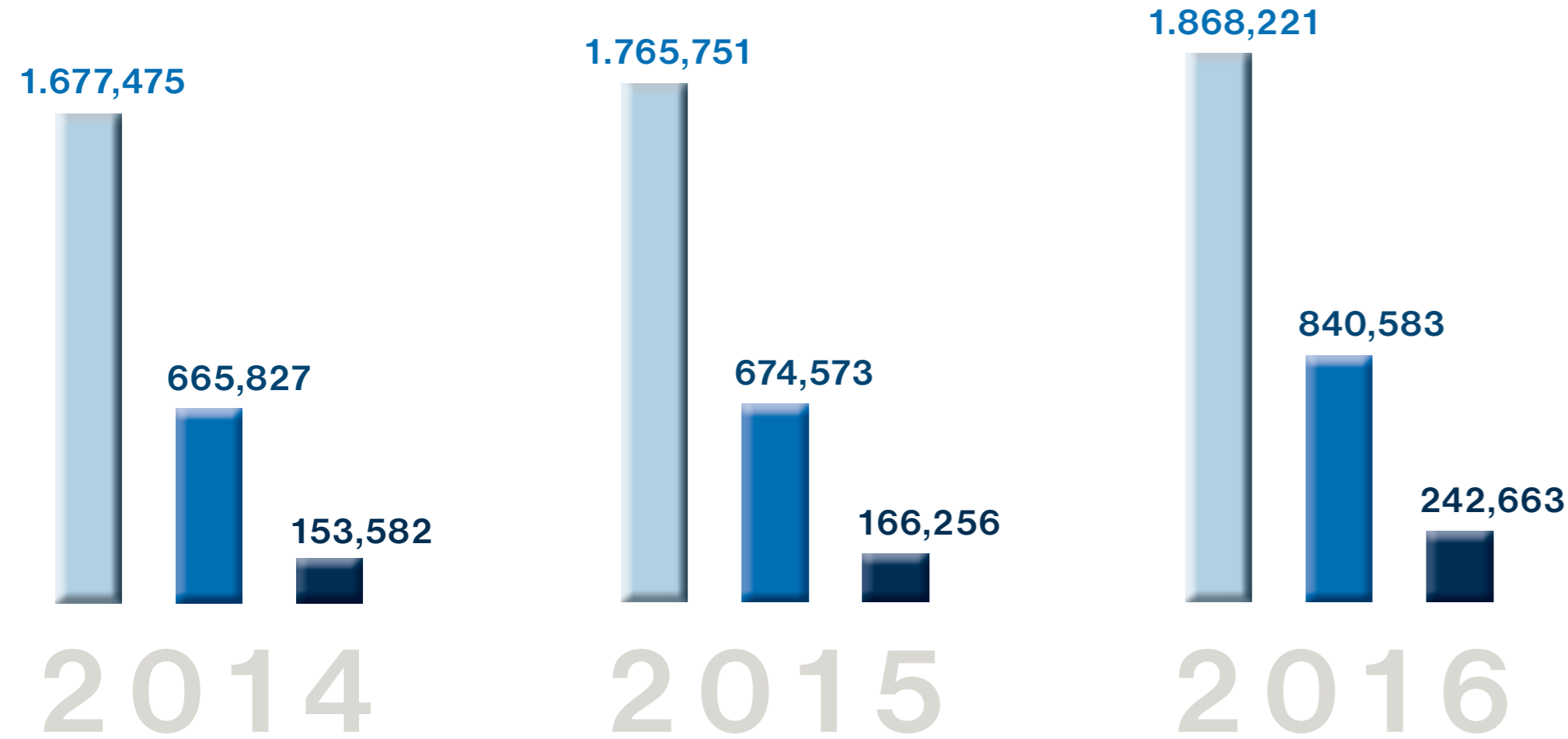


Die fünf häufigsten Herkunftsländer



Haushaltsplan der Bundespolizei

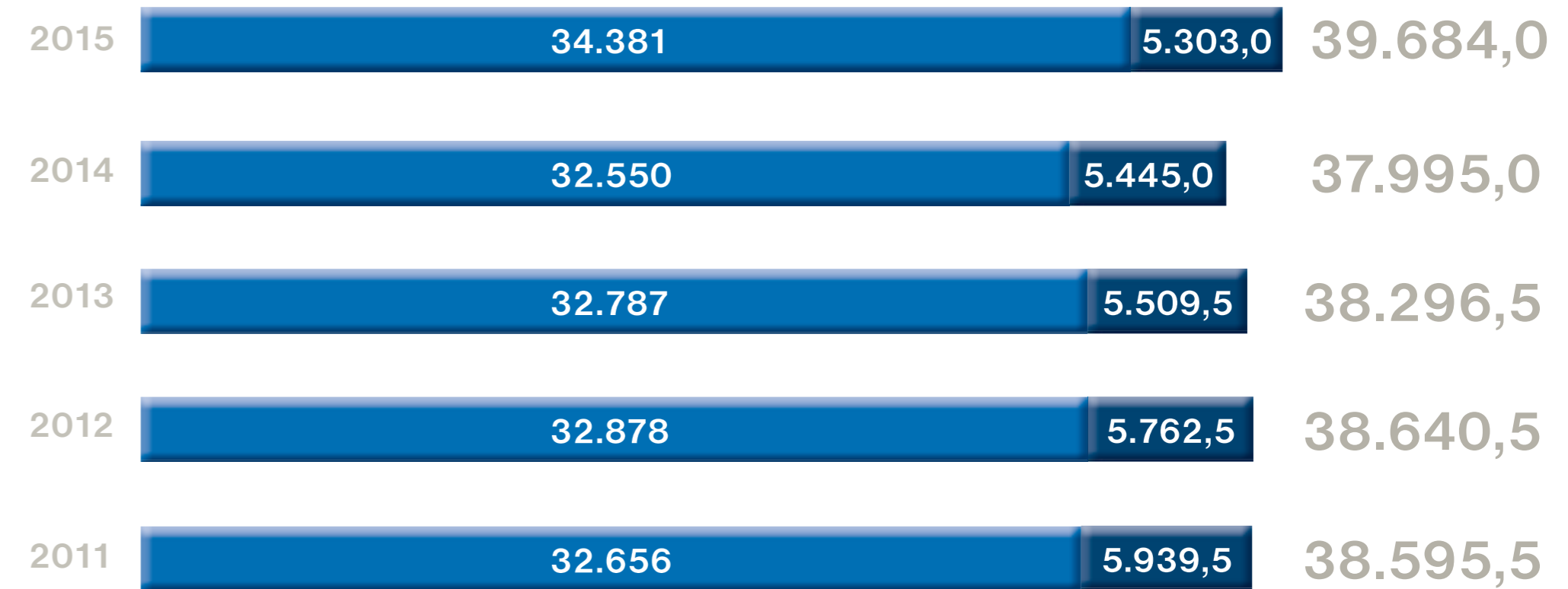
in Mio. Euro



■ = Personal
■ = laufender Betrieb
■ = Investitionen

Planstellen- und Stellenentwicklung in der Bundespolizei

ohne Anwärter und Auszubildende

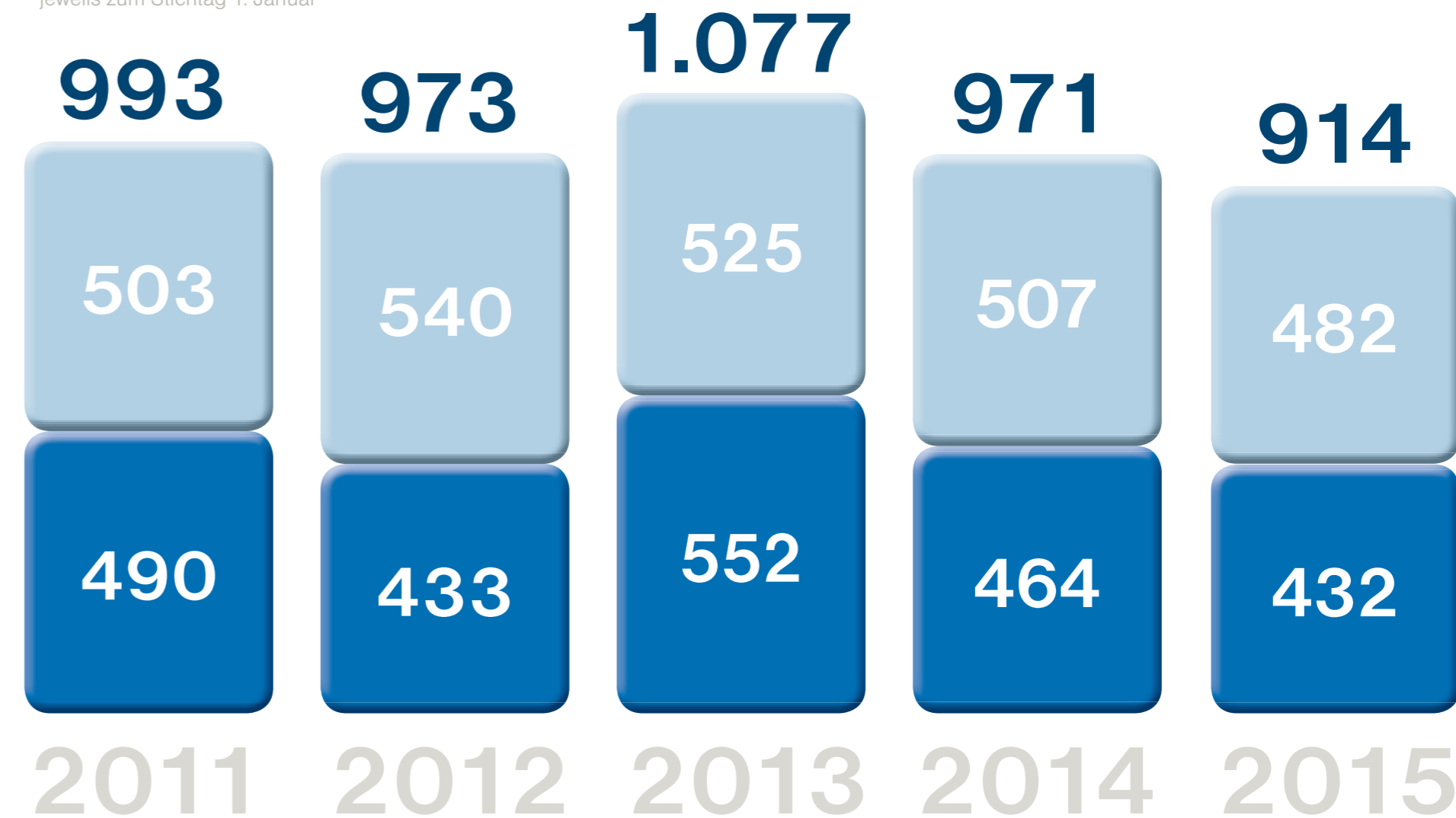


■ = Beamte
■ = Tarifbeschäftigte



Abordnungen außerhalb der Bundespolizei*

* jeweils zum Stichtag 1. Januar

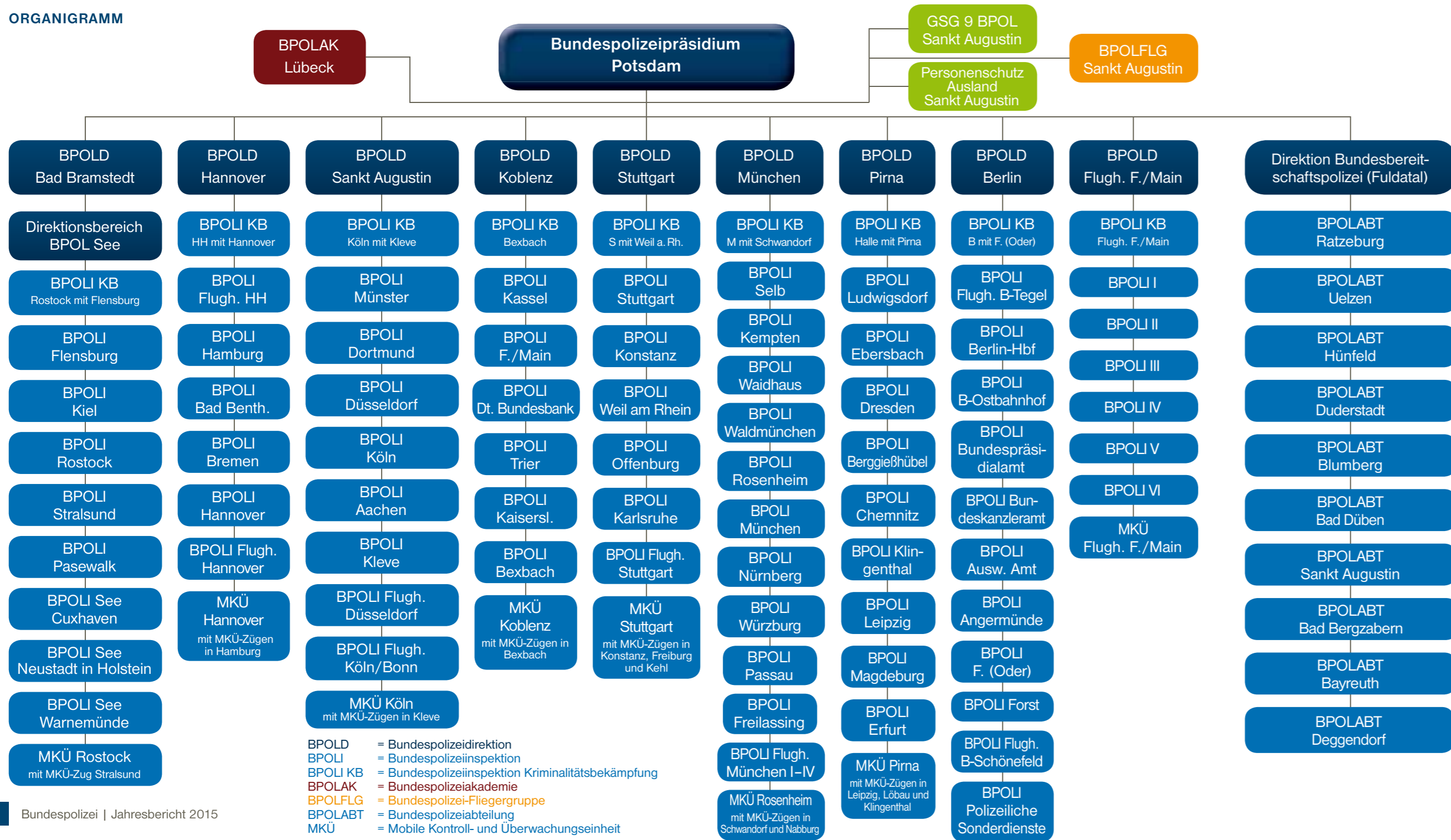


— = außerhalb Deutschlands
— = innerhalb Deutschlands



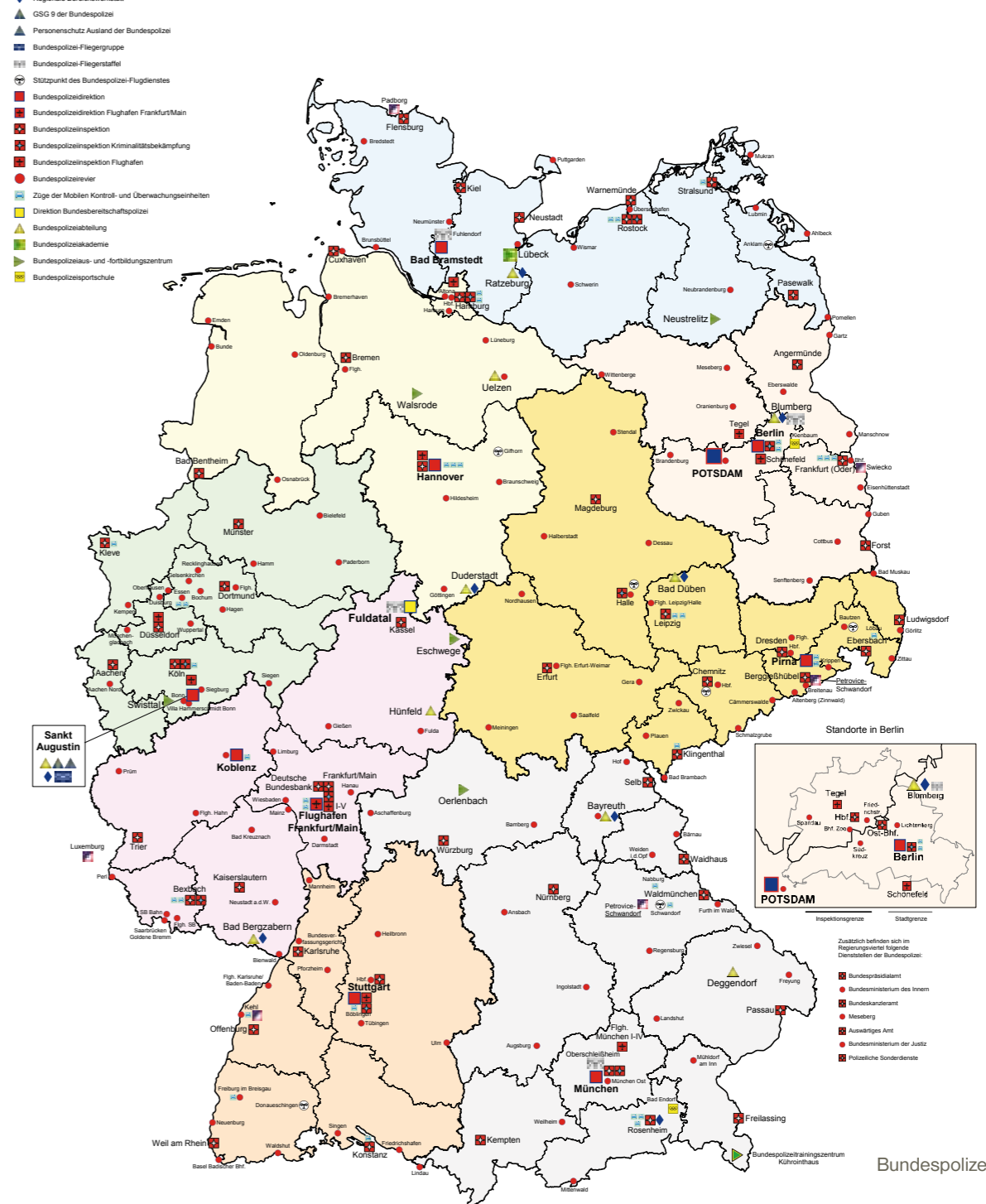
Organisation





BPOLD = Bundespolizeidirektion
 BPOLI = Bundespolizeiinspektion
 BPOLI KB = Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung
 BPOLAK = Bundespolizeiakademie
 BPOLFLG = Bundespolizei-Fliegergruppe
 BPOLABT = Bundespolizeiabteilung
 MKÜ = Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit

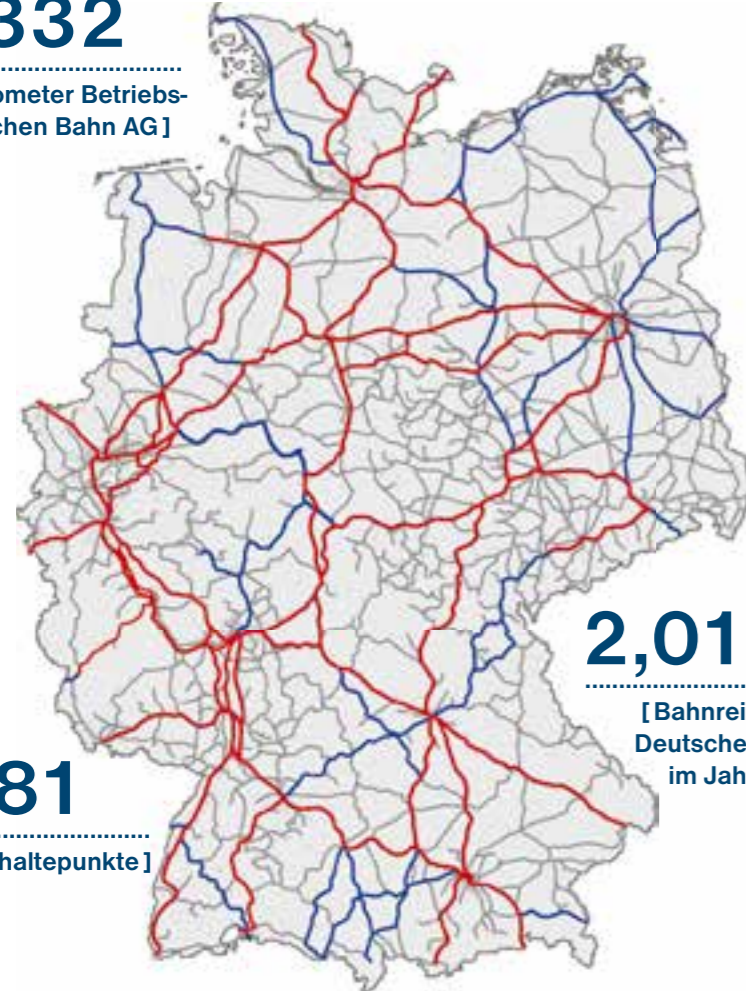
Standorte der Bundespolizei mit Direktions- und Inspektionszuschnitt



Dimensionen

33.332

[Gesamtgleiskilometer Betriebsnetz der Deutschen Bahn AG]



2,01 Mrd.

[Bahnreisende der Deutschen Bahn AG im Jahr 2015]

5.681

[Bahnhöfe und -haltepunkte]

- = ICE-Strecke
- = IC-/EC-Strecke
- = Regio-Strecke

> 216 Mio.

[Fluggäste in Deutschland im Jahr 2015]



14

[Verkehrsflughäfen, an denen die Bundespolizei Luftsicherheitsaufgaben wahrnimmt]



760 km

[Seegrenzen]



3.760 km

[Landgrenzen]



Aus- und Fortbildung

Laufbahnausbildungen in der Bundespolizei

Mittlerer Polizeivollzugsdienst

12 Monate	12 Monate	6 Monate
<i>Grundausbildung</i>	<i>Fachtheoretische und fachpraktische Ausbildung (inkl. 5 Monate Praktikum)</i>	<i>Laufbahnlehrgang mit Abschlussprüfung</i>

Gehobener Polizeivollzugsdienst

4 Monate	6 Monate	12 Monate	5 Monate	9 Monate
<i>Basisausbildung</i>	<i>Grundstudium</i>	<i>Hauptstudium mit Abschlussprüfung</i>	<i>Praxisbezogene Lehrveranstaltungen</i>	<i>Praktika</i>

Höherer Polizeivollzugsdienst *

1. Studienjahr (Lübeck / Wiesbaden)	2. Studienjahr (Münster)
<i>HS Bund, Fachbereich Bundespolizei, und HS Bund, Fachbereich Kriminalpolizei</i>	<i>Deutsche Hochschule der Polizei inkl. Freistellungsphase für Masterarbeit</i>

* Aufstiegsbeamte und Seiteneinsteiger

Facebook-Fanpage „Bundespolizei-Karriere“



5
Redakteure
im Nebenamt

53.827
„Gefällt mir“-Angaben von
Facebook-Fans
(+ 30.689 in 2015)

138
Facebook-
Postings 2015

65.653
Durchschnittliche Reichweite
der Beiträge 2015



Unsere Top-Postings 2015



108.331
Erreichte
Personen

980
„Gefällt mir“-
Angaben

86
Kommentare

16
Mal geteilt



279.910
Erreichte
Personen

3.362
„Gefällt mir“-
Angaben

197
Kommentare

76
Mal geteilt

Unsere Top-Videos 2015



392.513
Erreichte
Personen

4.014
„Gefällt mir“-
Angaben

105.160
Aufrufe

502
Mal geteilt



370.901
Erreichte
Personen

5.889
„Gefällt mir“-
Angaben

125.156
Aufrufe

911
Mal geteilt



Fußballeinsätze

Bundespolizei und Fußball

Angaben für die Saison 2014/2015



Die Bundespolizei hat in der Saison 2014/2015 insgesamt 1.779 Einsätze anlässlich von Sportveranstaltungen durchgeführt. Dies entspricht dem Niveau der Vorsaison. Den Schwerpunkt bildete hierbei die Überwachung des schienengebundenen Fußballfanreiseverkehrs. Analog zu den zurückliegenden Spielzeiten führten die konstant hohen Zuschauerzahlen in den Profiligen und die attraktiven, mit entsprechenden Fahrausweisen kombinierten Tickets zu einem unverändert hohen Aufkommen bahnreisender Fußballanhänger. Hieraus resultierend lag auch die Belastung der Bundespolizei aufgrund teilweise sehr kräfteintensiver Begleitungen relevanter Fangruppen und umfangreicher polizeilicher Maßnahmen auf den Reisewegen sowie an den Ankunfts- und Abfahrtsbahnhöfen auf einem unverändert hohen Niveau. Die Wirksamkeit der insbesondere präventiv-polizeilichen Maßnahmen im Rahmen der individualisierten Gefahrenabwehr war in der vergangenen Spielzeit ausschlaggebend für die Reduzierung der hoheitlichen Maßnahmen um annähernd 30 Prozent. Im Vergleich zur Saison 2013/2014 ging die Zahl der Straftaten ebenfalls stark zurück (- 21%). Nachdem in der Vorsaison ein Anstieg der Straftaten und Gewaltdelikte zu verzeichnen war, ist der festgestellte Rückgang positiv zu bewerten (Hinweis: Gewaltdelikte umfassen die im Berichtszeitraum im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei festgestellten Landfriedensbrüche, Körperverletzungsdelikte, Widerstände gegen Vollstreckungsbeamte und erstmalig Raubdelikte sowie ein Tötungsdelikt). Bei der Anzahl der verletzten Personen setzte sich die Entwicklung der letzten Spielzeit fort. In der Saison 2014/2015 gab es einen Anstieg von insgesamt acht Prozent auf 392 verletzte Personen.

* im Vergleich zur Vorsaison



GSG 9 der Bundespolizei

Die GSG 9 – die polizeiliche Spezialeinheit der Bundespolizei zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Gewaltkriminalität – ist im Standort Sankt Augustin bei Bonn beheimatet. Sie wird sowohl im originär bundespolizeilichen Aufgabenbereich eingesetzt als auch zur Unterstützung anderer Behörden, wie z. B. dem Bundeskriminalamt, der Bundeszollverwaltung oder der Polizeien der Länder, angefordert.

Wichtiger Partner der Spezialeinheit ist der Bundespolizei-Flugdienst – nicht nur beim Fast-Roping, bei dem mittels eines speziellen Taus schnell und ohne Landung des Hubschraubers Einsatzkräfte abgesetzt werden, sondern auch für den Einsatz von Sicherungsschützen, als Bindeglied in der Rettungskette, als schnelles und flexibel einsetzbares Verbringungsmittel oder als Absetzmaschine für die Fallschirmspringer der GSG 9 der Bundespolizei.



Personenschutz Ausland

Dem Personenschutz Ausland obliegt der Schutz des Botschaftspersonals an besonders gefährdeten Standorten. Die Aufgabenkomplexität erfordert eine enge Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsakteuren, vor allem in den Einsatzgebieten. Im Jahr 2015 waren insgesamt 107 Kräfte an fünf unterschiedlichen ausländischen Standorten (Bagdad/IRA, Kabul und Mazar-e-Sharif/AFG, Beirut/LIB und Tunis/TUN) im Einsatz.





Die BFE+ der Bundespolizei

„Die Struktur der Anschläge und die anschließenden Vorfälle in Paris zu Beginn des Jahres haben uns gelehrt, dass wir die Bundespolizei mit den neuen Einheiten der BFE+ um ein entscheidendes neues Element ergänzen müssen, um besser gerüstet zu sein im Kampf gegen den Terror.“
Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern

„Diese Einheit kann schützen, diese Einheit kann fahnden und diese Einheit kann entschlossen handeln – dadurch hält sie der GSG 9 den Rücken frei für Geiselnbefreiungen und Ähnliches.“
Dr. Dieter Romann, Präsident des Bundespolizeipräsidiums



Insbesondere unterscheidet sich die Ausstattung eines Polizeivollzugsbeamten der BFE+ zu einem der BFE wie folgt:

Einsatzhelm mit integriertem ballistischen Schutz und Aufnahmemöglichkeit für Zubehör (kombinierbar ist ein Gehörschutz mit Hör- und Sprechrichtung)

Taktische Schutzbrille

Taktische Einsatzweste, modular ballistisch aufrüstbar

Langwaffe Typ Gewehr G36C mit spezieller Visierung und Beleuchtung

Einsatzspezifische Munition in erhöhter Anzahl

Dienstpistole P 30 Bundespolizei mit gesondertem Zubehör und Holstervarianten

Spezielle Einsatzbekleidung

Darüber hinaus stehen einer BFE+ weitere aufgabenspezifische Einsatzmittel und eine Kraftfahrzeugwahl-ausstattung zur Verfügung.

Die terroristischen Anschläge in Europa zeigen deutlich, dass die Polizei mit einem neuen Tätertypus konfrontiert ist. Militärisch trainiert und ausgerüstet, nimmt dieser auch den eigenen Tod bewusst in Kauf. Um die Fortsetzung solcher Taten unterbinden zu können, muss die Polizei schnell und entschlossen handeln. Bei der Bundespolizei ist dies die originäre Aufgabe der GSG 9. In den Ländern existieren dafür die Spezialeinsatzkommandos.

Neben der unmittelbaren Terrorbekämpfung ergeben sich auch Schutzaufgaben, für die der reguläre Streifendienst nicht vorgesehen ist. Damit sind vor allem der Schutz besonders gefährdeter Infrastrukturen wie Flughäfen und Bahnanlagen, aber auch von Großveranstaltungen gemeint.

Die Fahndung nach Terrorverdächtigen ist ein weiterer wesentlicher Baustein. Auch das ist keine Aufgabe für den regulären Streifendienst. Ein Einsatz z.B. durch die GSG 9 wäre zwar möglich, würde deren Verfügbarkeit zur unmittelbaren Terrorbekämpfung aber zu sehr einschränken.

Um diese Lücke zu schließen, wurde die Bundespolizei beauftragt, robuste Polizeikräfte aufzustellen. Diese werden aus den bereits besonders befähigten Beweissicherungs- und Festnahme Kräften (BFE) der Bundesbereitschaftspolizei rekrutiert. Während einer achtwöchigen Fortbildung, die durch die GSG 9 der Bundespolizei erfolgt, werden die Einsatzkräfte der BFE sowohl im taktischen Vorgehen gegen militärisch ausgebildete Täter als auch im Umgang mit leistungsstarken Handfeuerwaffen und in einer besonderen Ersthelferausbildung geschult.

So befähigt, erhalten diese Einheiten die Bezeichnung BFE+ (plus). Sie können bei besonderen Gefährdungs- oder Fahndungslagen offen oder verdeckt eingesetzt werden. Sofern es dabei zu einer Konfrontation mit Tätern kommt, sollen die BFE+-Kräfte die Angreifer binden, Unbeteiligte schützen, Verletzte versorgen und aus dem Gefahrenbereich evakuieren. Zudem unterstützen sie die GSG 9 bei den unmittelbaren Zugriffsmaßnahmen. Sollten Spezialeinheiten nicht oder nicht rechtzeitig am Ereignisort sein, können die BFE+-Kräfte eigenständig gegen die Täter vorgehen und Notzugriffe ausführen.

Obwohl die Einheiten der BFE+ für die bundespolizeilichen Aufgaben aufgestellt werden, können sie bei Bedarf auf Anforderung auch den Polizeien der Länder zur Verfügung gestellt werden.





Bundespolizei – Zahlen, Daten, Fakten

Geleistete Einsatzstunden
der Bundesbereitschafts-
polizei für die Bundesländer
im Jahr 2015



372.767

Meldungen aus dem Einsatz

GRENZSCHUTZ

Im Dezember nahmen Bundespolizisten auf der A8 einen gesuchten Mörder fest. Der 32-Jährige saß in einem Fernreisebus aus Kroatien. Er wies sich mit einem Schreiben einer Aufnahmeeinrichtung in Baden-Württemberg aus, in der er als Asylantragsteller geführt wurde. Wie sich bei der Überprüfung herausstellte, suchten die kosovarischen Behörden nach dem Flüchtigen. 2012 hatte er in seiner Heimat nach einem Streit einen Mann erschossen. Im Kosovo stehen dem verurteilten Mörder elf Jahre Gefängnis bevor.



BAHNPOLIZEI

Gewalttätige Angriffe von ca. 50 Schalcker Ultras gegen Kölner Fans im Hbf. Düsseldorf. Bei Eintreffen von Bundespolizisten massive Angriffe durch Schalcker Fußballstörer. Mit Unterstützung von Kräften der Landespolizei Nordrhein-Westfalen Unterbindung der Angriffe und repressive Identitätsfeststellungen sowie Strafanzeigen u.a. wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte gegen 19 Schalcker Fußballstörer. Anschließender Unterbindungsgewahrsam gegen sieben Personen bis zum Spielende.

Im Oktober verletzten bei Auseinandersetzungen 150 Dortmunder Fußballstörer auf ihrer Fahrt nach Bremen 15 Beamte. Die „Fußballbegeisterten“ wurden anschließend im Bremer Hauptbahnhof durch Bundespolizisten auf ihrem Weg zum Stadion festgesetzt. Nachdem die Personalien feststanden und die Störer wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte beanzeigt wurden, ging die Fahrt zurück nach Dortmund und nicht ins Stadion.



LUFTSICHERHEIT

Im Februar versuchte ein Ägypter in den Sicherheitsbereich des **Flughafens Frankfurt** zu gelangen. Eine entsprechende Zutrittsberechtigung oder Bordkarte konnte er nicht vorweisen. Nachdem der Mann von der Kontrollposition verwiesen wurde, steckte er sein Jackett in Brand. Ein Bundespolizist löschte den Brennenden und konnte so größere Verletzungen verhindern.

Im April entdeckten Sicherheitskräfte auf dem **Leipziger Flughafen** bei der Lufttransferfrachtkontrolle einen Sprengstoffgürtel, eine Granate und eine Panzerfaust. Die Entschärfer der Bundespolizei untersuchten die Gegenstände und gaben Entwarnung. Es handelte sich um professionell hergestellte Attrappen, die zu Ausbildungszwecken für einen Sicherheitsdienst angefertigt wurden.



Einsätze der Bundespolizei See



Bundespolizei See ermittelt auf Offshore-Plattform

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Hamburg gegen Mitarbeiter der Bauleitung einer Offshore-Konverterplattform wegen des Verdachts der Gewässerverunreinigung bzw. des unerlaubten Umgangs mit Abfällen wurde die Maritime Ermittlungs- und Fahndungsgruppe der Bundespolizei See (MEFG) mit den Ermittlungen beauftragt. Auf der Konverterplattform wird Windenergie in Gleichstrom für den Transport an Land umgewandelt. Beim Verfüllen der Plattformbeine mit einer Füllmasse, sogenanntes Groutmaterial, das zum Verfüllen von Hohlräumen dient, kam es auf der Offshore-Plattform zu mehreren Vorfällen, in deren Verlauf etliche Tonnen der Füllmasse in die Nordsee eingeleitet wurden.

Am 16. Dezember 2014 ließ sich ein vierköpfiges Ermittlungsteam der MEFG mit einem seeflugtauglichen Super Puma der Bundespolizei-Fliegerstaffel Fuhlendorf auf die Offshore-Plattform in der Nordsee fliegen. Trotz schwieriger Wetterverhältnisse konnten die Ermittler und Kriminaltechniker schließlich auf der Plattform abgesetzt werden und die Beweislage nach einem mehrstündigen Aufenthalt sichern.

Zur Prüfung des eingetretenen Schadens war im Verlauf der Ermittlungen eine Begutachtung des Meeresbodens sowie der Lebewesen im Nahbereich der Offshore-Konverterplattform erforderlich. Bei dem Taucheinsatz am 30. Juni 2015 wurden im Bereich der Plattform Groutmaterial und Sediment vom Meeresboden gesichert sowie Foto- und Videoaufnahmen gefertigt.

Nach Erstellung eines Gutachtens zur Umweltverträglichkeit des Groutmaterials unter Berücksichtigung der eingeleiteten Menge durch einen Sachverständigen wurde das Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft Hamburg abverfügt.



Versuchter Totschlag auf Ostseefähre

Am 24. September 2015 stach ein Este einem lettischen Lkw-Fahrer auf der Fähre „Oti-ma Seaways“ mit einem Messer in den Bauch. Die Fähre war auf dem Weg von Klaipėda in Litauen nach Kiel und befand sich zu diesem Zeitpunkt vor der Küste Polens auf hoher See. Ein Einsatzteam der MEFG übernahm die ersten Maßnahmen an Bord.

Der estnische Tatverdächtige wurde unmittelbar nach der Tat von der Besatzung der Fähre überwältigt und in einen Arrestraum auf dem Schiff verbracht. Nach einem Unterstützungsersuchen des Kapitäns transportierte ein Polizeihubschrauber ein Ermittlerteam zum Tatort. Die Beamten führten an Bord der Fähre den Sicherungsangriff durch und nahmen den Tatverdächtigen fest. Der lebensgefährlich verletzte Lette wurde durch einen polnischen Rettungshubschrauber in ein Krankenhaus in Polen verbracht.

Nach dem Einlaufen in Kiel übernahmen Beamte der Polizei Schleswig-Holstein den Tatverdächtigen. Im November 2015 wurde er an Estland ausgeliefert.



„Purple Beach“

Am 26. Mai 2015 um 02:10 Uhr ging eine telefonische Unterstützungsanfrage des Havariekommandos bei der Flugeinsatzzentrale der Bundespolizei-Fliegerstaffel Fuhlendorf bei Bad Bramstedt ein. Der Anlass war ein Brand in einer Ladekammer der auf der Tiefwasserreederei ca. 30km westlich der Hochseeinsel Helgoland vor Anker liegenden „Purple Beach“, einem ca. 190m langen Düngemittelfrachter.

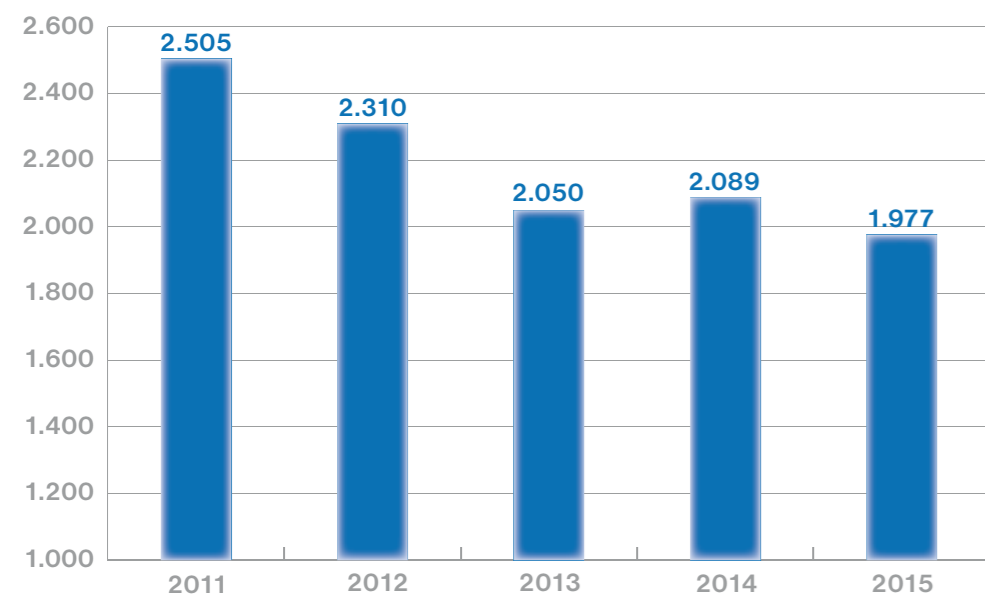
Die Besatzung des Frachters hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mehrfach unter Einsatz der bordeigenen Brandbekämpfungsanlagen vergeblich versucht selbst Herr der Lage zu werden. Im betroffenen Laderaum befanden sich ca. 6.000 t Düngemittel, die entweder in Brand geraten waren oder aus anderen Gründen zu reagieren begannen und für starke



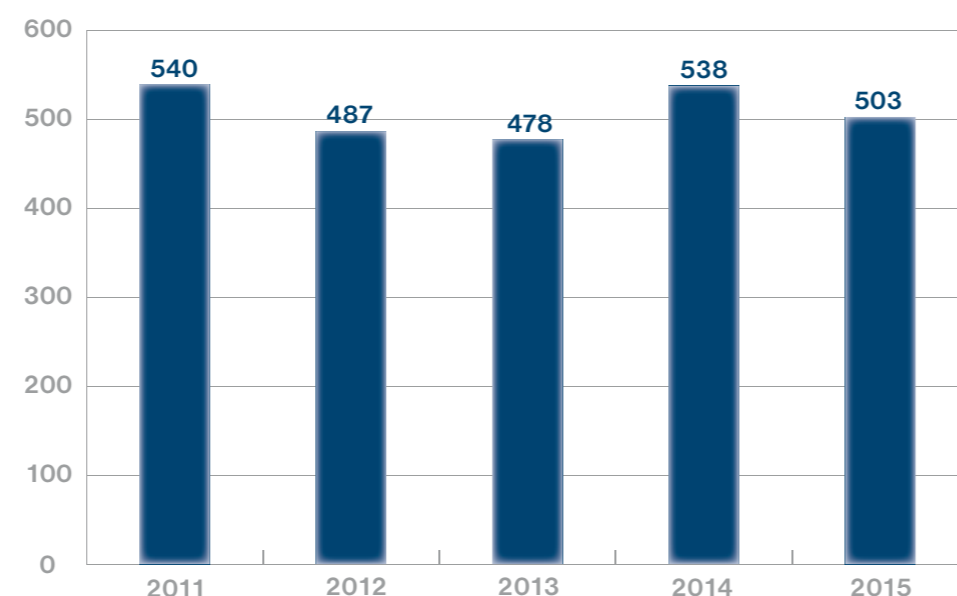
rauchentwicklung sorgten. Das Havariekommando bat zunächst lediglich um Bereitstellung eines Hubschraubers vom Typ AS 332 L1 Super Puma zur Aufnahme eines Brandbekämpfungsteams. Bis Einsatzende am 1. Juni 2015, nachdem die „Purple Beach“ erfolgreich in den Jade-Weser-Port bei Wilhelmshaven geschleppt werden konnte, unterstützten die Seeflieger aus Fuhlendorf das Havariekommando täglich durch den Lufttransport von Fact-Finding-Teams, Brandbekämpfungseinheiten, Verletztenversorgungsteams sowie durch Aufklärungsflüge mit Wärmebildtechnik. Schiffsbesatzungsmitglieder und Unterstützungskräfte mussten darüber hinaus mit Verdacht auf Rauchvergiftung in umliegende Krankenhäuser geflogen werden.

Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte

**Angegriffene
Polizeivollzugsbeamte**



**Dabei verletzte
Polizeivollzugsbeamte**



„Paris“, „Brüssel“, „Kopenhagen“, „G7“, „Migration“, „Paris“, „Silvester (Köln)“ ...

Die Bundespolizei im Brennpunkt

Terrorismus

Das Jahr 2015 wurde für die Bundespolizei nicht nur durch die angespannte Migrationslage geprägt, sondern auch durch terroristische Anschläge in unseren Nachbarstaaten.

Im Zusammenhang mit den islamistisch motivierten Anschlägen in Paris im Januar und November sowie in Kopenhagen im Februar war insbesondere die grenzpolizeiliche Kompetenz gefordert. In diesem Kontext wurden die entsprechenden Maßnahmen verstärkt, um unerkannte Einreisen der flüchtigen Attentäter in das Bundesgebiet zu unterbinden. Außerdem wurde in diesem Gesamtzusammenhang die Entscheidung zur Aufstellung der sogenannten BFE+ getroffen, um die Reaktions- und Durchhaltefähigkeit der Bundespolizei im Falle eines terroristischen Anschlags zu erhöhen. Die erste Teileinheit wurde am 16. Dezember 2015 in Blumberg in Dienst gestellt, vier weitere sollen folgen (s. hierzu auch S. 36f.).

Der vereitelte Anschlagversuch im grenzüberschreitenden Zug *Thalys* am 21. August 2015 führte zu einer Verstärkung der internationalen

Kooperation der Bundespolizei insbesondere mit den Sicherheitsbehörden in Belgien und Frankreich. Dies betrifft vor allem die Durchführung gemeinsamer Streifen. Hierdurch soll die Sicherheit auf internationalen Zugverbindungen erhöht werden.

Neben dem einfachen Erkennen von mutmaßlichen „Dschihadreisenden“ hat die Bundespolizei die Möglichkeit, diesen Personen aufgrund eigener Erkenntnisse die Ausreise zu untersagen oder die Einreise zu verweigern – den Schutz der Bürgerinnen und Bürger im In- und Ausland zu gewährleisten hat dabei die höchste Priorität.

Die **Zentralstelle zur Bekämpfung Politisch Motivierter Kriminalität (PMK)** der Bundespolizei befindet sich im Bundespolizeipräsidium in Potsdam. Neben phänomenübergreifenden Vorgängen werden hier die Themenbereiche Islamismus, Ausländerextremismus, Rechts- und Linksextremismus sowie die Phänomene der Spionage und Proliferation bearbeitet, analysiert

Nach den Anschlägen in Paris am 13. November wurden umfangreiche Fahndungsmaßnahmen eingeleitet. Bis zum Jahresende waren rund 24.500 Kräfte der Bundespolizei mit Bezug zu diesen Ereignissen eingesetzt; hierbei wurden etwa

und im Hinblick auf die Aufgaben der Bundespolizei bewertet. Ziel ist es, die Informationen so zu verarbeiten, dass bundespolizeiliche Maßnahmen umgesetzt werden können.

Darüber hinaus werden eigene Erkenntnisse in den Sicherheitsverbund gegeben, um den Partnerbehörden ebenfalls einen umfassenden Kenntnisstand zu gewähren. Diese Verknüpfung mit anderen nationalen Staatsschutzdienststellen findet insbesondere durch Verbindungsbeamte in den Gemeinsamen Zentren, dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin und dem Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) in Köln und Meckenheim, statt.



412.000 Personen kontrolliert, die nach polizeilicher Bewertung in das Fahndungsraster passten.

Insgesamt konnten im Jahr 2015 durch der Bundespolizei obliegende Kernkompetenzen rund 1.300 Fahndungstreffer erzielt werden, die einen Zusammenhang mit dem islamistischen Personenpotenzial aufweisen.

G7-Einsatz

Auch jenseits der terroristischen Bedrohungslage war das erste Halbjahr 2015 für die Bundespolizei kein gewöhnliches. Das lag nicht zuletzt an einem ganz bestimmten Einsatzanlass, den die Behörde aufgrund seiner ungewöhnlichen Dimension lange im Voraus ausgeplant hatte – dem G7-Gipfel.

Vom 7. bis zum 8. Juni 2015 tagten im bayerischen Schloss Elmau die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten. Die Bundespolizei hat dabei zur Sicherheit des Gipfels und zum Schutz der Bevölkerung sowie der Flug- und Bahnreisenden in der Region mit in Spitzenzeiten bis zu 10.000 mit G7-Bezug eingesetzten Beamten ihren Beitrag geleistet. In diesem Gesamtzusammenhang stand auch die vorübergehende Einführung von Grenzkontrollen vom 26. Mai bis zum 15. Juni 2015 an den deutschen land-, luft- und seeseitigen Schengen-Binnengrenzen.

Insgesamt wurden hierbei 394.080 Personen kontrolliert. Die Beamten stellten dabei u.a. 13.796 Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz sowie 306 gegen das Betäubungsmittelgesetz fest, außerdem 167 Urkundendelikte. Die Bundespolizisten nahmen überdies 1.132 Zurückweisungen nicht einreisberechtigter Drittstaatsangehöriger vor. Solche Personen wurden auch im Falle vorgebrachter Asylgesuche in den sicheren Nachbarstaat Österreich zurückgewiesen. All dies erfolgte mit Zustimmung Österreichs auf der Grundlage entsprechender völkerrechtlicher Verträge. Eine „Grenzschiebung“ bestand dabei nicht, denn die Grenze blieb ansonsten für jedermann jederzeit offen.

Die Beamten erzielten im Rahmen der Kontrollen ferner 1.185 Fahndungstreffer. Dabei wurden 151 offene Haftbefehle vollstreckt. Bezogen auf die sonstigen polizeilichen Maßnahmen nahmen die Bundespolizisten in diesem Zusammenhang 72.691 Identitätsfeststellungen vor und durchsuchten 6.816 Personen bzw. mitgeführte Gegenstände. Es kam zu 5.096 vorläufigen Festnahmen und zu 107 sogenannten Gewahrsamnahmen.

Letztendlich veranschaulichten die Maßnahmen und die Erfolge der Bundespolizei anlässlich des G7-Einsatzes auch, wie sehr das Thema der illegalen Migration die Bundesrepublik im Jahr



2015 berührt hat und wie es um den Schutz der europäischen Außengrenzen bestellt ist.

Migrationslage

Nicht zuletzt weltweite Konflikte und humanitäre Notlagen führten insbesondere im vergangenen Jahr zu einer Verschärfung der Migrationslage in Europa. Diese bisher einmalige Entwicklung im Jahr 2015 stellte die Bundespolizei vor besondere Herausforderungen. Die von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex an den EU-/Schengen-Außengrenzen registrierten unerlaubten Grenzübertritte aus dem Jahr 2014 haben sich im Jahr 2015 mit 1,8 Millionen mehr als versechsfacht. Das Hauptzielland der Migranten innerhalb der EU war erneut Deutschland.

Allein die Bundespolizei stellte im Jahr 2015 mehr als 865.000 Migranten fest. Die meisten eingereisten Migranten an einem Tag (ca. 14.000) wurden am 12. September 2015 verzeichnet.

Den Schwerpunkt der unerlaubten Einreisen nach Deutschland bildete die deutsch-österreichische Grenze mit einem Anteil von mehr als 81 Prozent, gefolgt von den Flughäfen (ca. 5 %) sowie der Grenze zur Tschechischen Republik (4 %).

Deutschland war jedoch nicht nur Zielland, sondern zum Teil auch Transitland. Allein in den Monaten Oktober bis Dezember 2015 stellte die

**Auszug der beanzeigten unerlaubten Einreisen
(nach Häufigkeit der Nationalität)**

Staatsangehörigkeit	2015	2014	Rang in 2014	Entwicklung 2015 zu 2014 in %
Syrien	73.920	14.389	1	+413,7
Afghanistan	38.750	3.966	3	+877,1
Irak	22.394	993	11	+2.155,2
Eritrea	17.225	7.964	2	+116,3
Albanien	6.386	744	16	+758,3
Pakistan	6.304	675	19	+833,9
Kosovo	5.567	3.385	4	+64,5
Iran	4.973	450	23	+1.005,1
Somalia	4.003	1.321	9	+203,0
Nigeria	3.590	1.044	10	+243,9

Bundespolizei mehr als 83.000 Migranten bei der Ausreise, überwiegend in die skandinavischen Staaten (96 %), fest.

In der ersten Jahreshälfte reisten überwiegend kosovarische Staatsangehörige über die Route Serbien – Ungarn – Österreich ein, um in Deutschland Asyl zu beantragen. Den Brennpunkt bildete der Februar mit über 16.500 Asylbegehren. Im gesamten Jahr 2015 registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mehr als 33.000 Kosovaren.

In den ersten neun Monaten im Berichtszeitraum reisten ebenfalls verstärkt albanische Staatsangehörige unerlaubt in das Bundesgebiet ein. Im gesamten Jahr 2015 erfasste das BAMF mehr als 69.000 Migranten albanischer Herkunft. Diese nutzten überwiegend Flüge aus Griechenland, oft unter Missbrauch der Visumbefreiung, um nach Deutschland zu reisen.

Durch eine prioritäre Bearbeitung der Asylanträge durch das BAMF, den Einsatz von Bundes-

polizisten zur Unterstützung der serbischen und ungarischen Behörden, den Einsatz von trinationalen Streifen, gezielte Informationskampagnen und medial begleitete Rückführungsmaßnahmen konnte ein deutlicher Rückgang hinsichtlich der Migration aus Albanien und dem Kosovo erzielt werden.

Der Schwerpunkt der unerlaubten Einreisen nach Europa hat sich im Jahresverlauf 2015 von der zentralmediterranen Route (Nordafrika – Italien) auf die ostmediterrane Route (Türkei – Griechenland) verlagert.

Die regionalen Entwicklungen zwangen auch die Grenzschutzagentur Frontex im Laufe des letzten Jahres dazu, die bereits bestehenden Einsätze „Poseidon“ in der Ägäis und „Flexible Operation Activities“ an den Landgrenzen zu verstärken. Die Beteiligung an diesen ausgeweiteten Einsätzen führte zu einer noch größeren Belastung der Bundespolizei.

Die Unterstützung anderer Mitgliedsstaaten an den Schengen-Außengrenzen durch die Bundespolizei diente im Wesentlichen der Aufrechterhaltung der kontrollierten Einreise von Personen in den Schengen-Raum.

Durch die Europäische Kommission wurde zur Bewältigung der Lage an der Schengen-

Außengrenze im ersten Halbjahr ein Konzept zur Einrichtung der sogenannten Hotspots erarbeitet, die 2015 ihren Betrieb in Griechenland und Italien aufgenommen haben. Hierbei handelt es sich um Registrierungscentren, mit denen besonders von Migration betroffenen Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung des EU-Rechts geholfen werden soll. Eingereiste Migranten werden in den Hotspots identifiziert, registriert und deren Fingerabdrücke genommen. Darüber hinaus sollen Asylsuchende direkt in Asylverfahren weitergeleitet werden. Für Migranten, die keinen Schutzanspruch haben, soll Frontex die Rückführung koordinieren. Da der Aufbau der Hotspots bis zum Jahresende nur schleppend erfolgte, forderte der Europäische Rat die Funktionsmängel der Hotspots zu beseitigen, indem die erforderlichen Aufnahmekapazitäten geschaffen werden und Frontex zeitnah die notwendigen Fachkompetenzen und Ausrüstungen erhält.

Hierzu trug die Bundespolizei einen wesentlichen Teil bei. Seit dem Aufruf im November 2015 zur Beteiligung der Mitgliedsstaaten an dem Betrieb der Hotspots wurden 41 Polizeibeamte nach Griechenland entsandt, um die erforderlichen Aufgaben zusammen mit Beamten anderer Mitgliedsstaaten zu erfüllen.

Auch für 2016 wird dieser Beitrag aufgrund seines Umfangs ein wesentlicher Schwerpunkt der operativen Beteiligung bei Frontex-Einsätzen sein.

Auf der zentralmediterranen Route – vorrangig aus Libyen kommend – wurden 2015 mehr als 157.000 Migranten (durchschnittlich 421 Personen pro Tag) festgestellt. Dabei wurden



Unerlaubter Aufenthalt (nach Häufigkeit der Nationalität)				
Staatsangehörigkeit	2015	2014	Rang in 2014	Entwicklung 2015 zu 2014 in %
Gesamt	50.620	26.826		+88,7
Syrien	11.150	3.746	1	+197,7
Afghanistan	7.441	1.090	5	+582,7
Irak	4.629	443	18	+944,9
Kosovo	3.335	832	7	+300,8
Albanien	2.450	494	13	+396,0
Eritrea	1.978	3.008	2	-34,2
Türkei	1.802	1.580	3	+14,1
Iran	1.606	632	10	+154,1
Marokko	1.196	1.134	4	+5,5
Pakistan	1.021	354	23	+188,4

viele Migranten im Rahmen der internationalen Einsätze „Operation Triton“ (Frontex) und „European Union Naval Force – Mediterranean“ (EUNAVFOR MED) aus Seenot gerettet und nach Italien verbracht.

Auf der ostmediterranen Route und im weiteren Verlauf auf der Balkanroute in Richtung West- und Nordeuropa wurden seit Mitte des Jahres 2015 extreme Steigerungsraten verzeichnet (durchschnittlich 2.413 Einreisen pro Tag). Die Anzahl der

im Jahr 2015 registrierten Einreisen nach Europa stieg im Vergleich zum Vorjahr um das 16-fache auf dieser Route an.

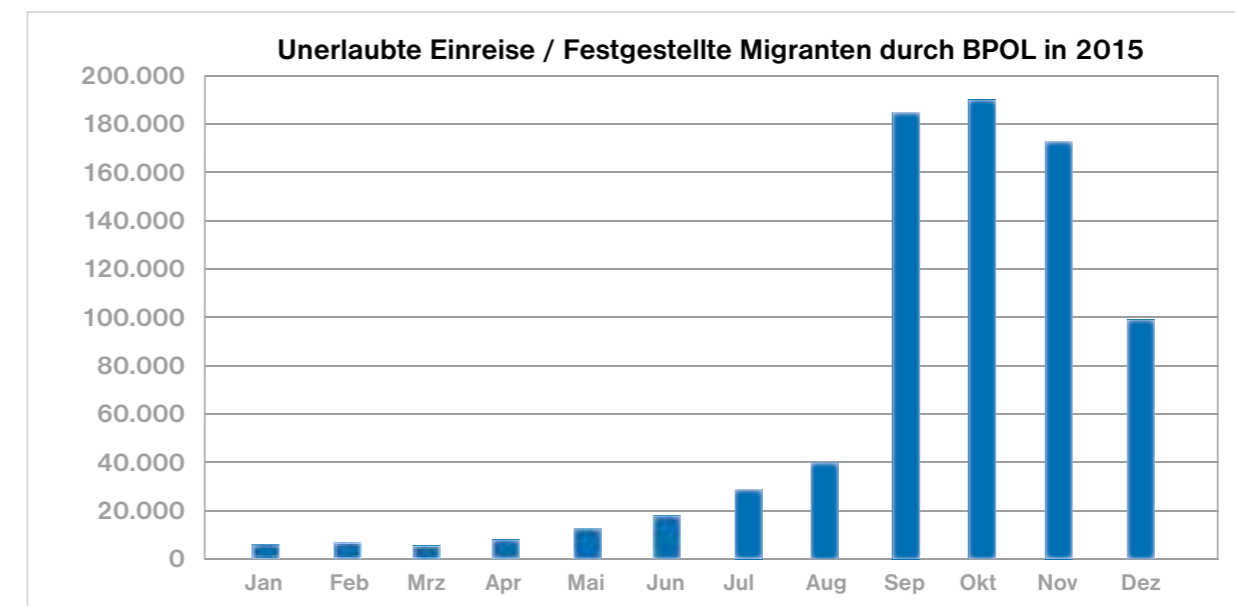
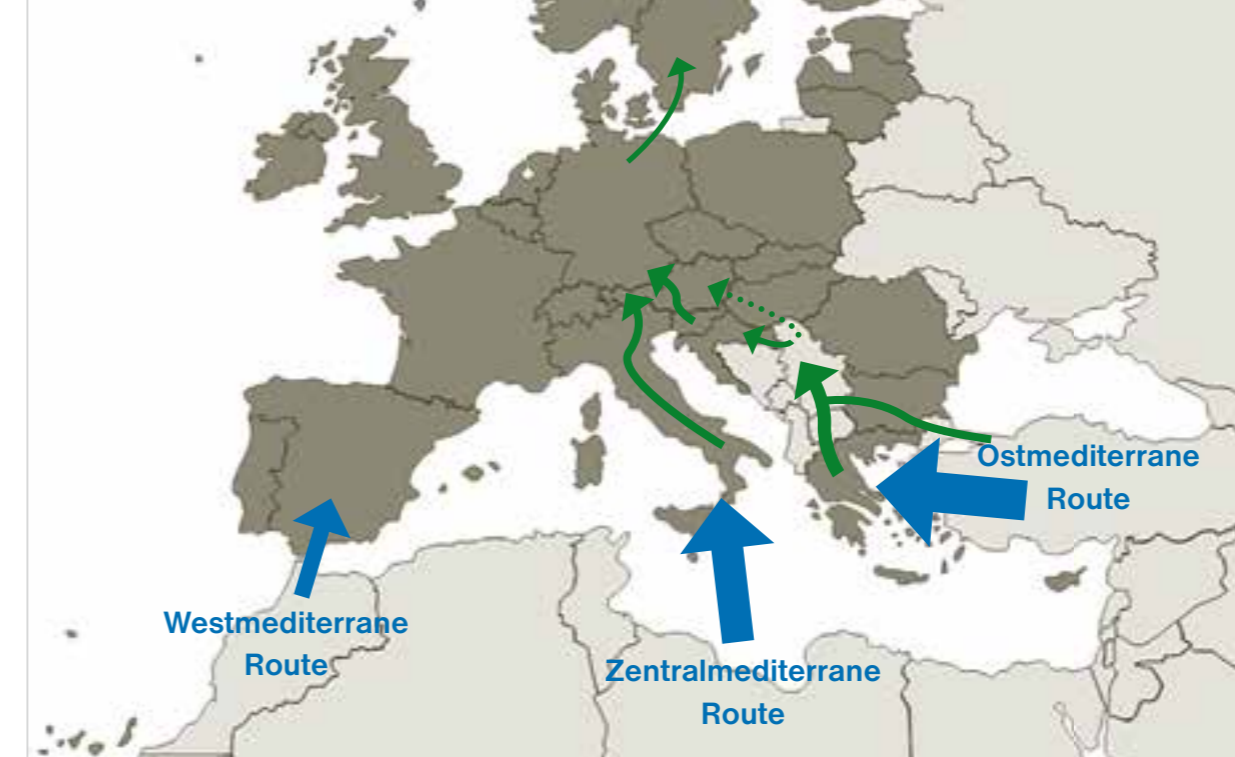
Ab Juni 2015 verlagerte sich der Brennpunkt der Einreisen nach Europa vom zentralen Mittelmeer in die Ägäis. Die deutlich kostengünstigere und vermeintlich risikoärmere Überfahrt über das Meer, die Einführung der Visumpflicht für syrische Staatsangehörige durch einige nordafrikanische Staaten sowie die organisierte Be-

förderung durch die Staaten entlang der Balkanroute führten zu einer höheren Attraktivität dieser Migrationsroute. Diese Route wurde überwiegend durch syrische, afghanische und irakische Migranten genutzt.

Als eines der ersten Länder entlang der Balkanroute reagierte die Ehemalige Jugoslawische Republik (EJR) Mazedonien am 19. Juni 2015 mit einer Änderung des Asylrechts. Fortan war es Migranten erlaubt, das Land legal innerhalb von 72 Stunden zu durchqueren. Ziel dieser Maßnahme war die Bewältigung des Migrationsstroms von seinerzeit durchschnittlich 2.000 Migranten, die täglich aus Griechenland einreisten. Die deutlich höhere Anzahl von Migranten Ende August/Anfang September stellte die Länder entlang der Balkanroute zunehmend vor infrastrukturelle Probleme.

Aufgrund einer humanitären Notsituation reisten in Abstimmung mit Österreich und Ungarn am 5. September 2015 rund 8.000 Migranten nach Deutschland, die sich zuvor mehrere Tage in Budapest aufgehalten hatten. In den darauffolgenden Monaten versuchten täglich mehrere Tausend Migranten nach Westeuropa, vornehmlich Deutschland, zu gelangen.

Wegen des stetig anwachsenden Migrationsdrucks und der teilweise unkontrollierten kilome-



terlangen Menschenströme entlang der Balkanroute begannen ab Mitte September die Länder EJR Mazedonien, Serbien und Ungarn die Beförderung der Migranten von der Einreise bis zur Ausreise mit Bussen oder Zügen durch ihre Länder zu organisieren.

Parallel hierzu gab die ungarische Regierung den Bau eines Zauns zur Sicherung der EU-Außengrenze zu Serbien in Auftrag und erließ ein Gesetz, das den illegalen Grenzübertritt mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bedroht. Mit Fertigstellung dieses Zauns am 14. September 2015 verlagerten sich die Migrationsrouten nunmehr von Serbien über Kroatien, Ungarn und Österreich nach Deutschland sowie im Weiteren nach Nordeuropa.

Die technische Sicherung der kroatisch-ungarischen Grenze ab dem 17. Oktober 2015 führte zu einer Verlagerung des Migrationsstroms über Slowenien.

Am 18. November 2015 erfolgte durch die Transitstaaten auf der Balkanroute eine Beschränkung der Migrationsströme von Personen, die nicht syrischer, afghanischer oder irakischer Herkunft waren. Infolgedessen kam es durch die Migranten von den ausgeschlossenen Nationalitäten zu einer verstärkten Nut-

zung von gefälschten Identitätsdokumenten und Registrierungsbescheinigungen sowie der Inanspruchnahme von Schleuserorganisationen, um doch noch ihr Zielland zu erreichen.

Nach sorgfältiger Abwägung, in Abstimmung mit den Bundesländern und mangels Alternativen veranlasste die Bundesregierung aufgrund des ungesteuerten und unkontrollierbaren Zustroms von Drittstaatsangehörigen in das Bundesgebiet gem. Art. 25 Schengener Grenzkodex temporär

Grenzkontrollen an den deutschen Schengen-Binnengrenzen wieder einzuführen. Diese wurden am 14. November 2015 für weitere drei Monate gem. Art. 23, 24 Schengener Grenzkodex verlängert.

Mit Wirkung vom 13. September 2015 wurden somit an den deutschen land-, luft- und seeseitigen Binnengrenzen Grenzkontrollen lageabhängig möglich. Umfang und Intensität der Grenzkontrollen wurden auf das für die

Sicherheit jeweils notwendige Maß festgelegt. Schwerpunkt war die deutsch-österreichische Landgrenze.

Die Umsetzung der Wiedereinführung der Grenzkontrollen, insbesondere an der deutsch-österreichischen Grenze, hatte somit für die gesamte Bundespolizei oberste Priorität. Es erfolgte eine massive Verlagerung von Einsatzkräften an den neuen Schwerpunkt, wie es die Bundespolizei noch niemals erlebt hatte. Die Bundespolizeidirektion München wurde zusätzlich durch ca. 2.600 Einsatzkräfte aller anderen Bundespolizeidirektionen nachhaltig verstärkt. Jeder dritte Mitarbeiter der Bundespolizei war bisher von den Einsatzmaßnahmen an der deutsch-österreichischen Grenze direkt betroffen.

Alle Bundespolizeidirektionen und ihre nachgeordneten Dienststellen unterstützten darüber hinaus mit sämtlichen verfügbaren und verfügbar gemachten technischen und logistischen Mitteln die Bundespolizeidirektion München.

Die Bundespolizei leistete in enger Zusammenarbeit mit der Bayerischen Polizei, dem BAMF sowie einer Vielzahl von Hilfsorganisationen alles erdenklich Mögliche, um die Einreise der Migranten nach Deutschland menschen-



würdig zu steuern. Durch die Festlegung von Übergabepunkten an der deutsch-österreichischen Grenze konnten die Menschenströme kanalisiert und den hierfür eingerichteten Bearbeitungsstraßen zum Zwecke der grenzpolizeilichen Kontrolle und Registrierung zugeführt werden.

Dabei stellten die grenzpolizeiliche Bearbeitung der Migranten, die qualifizierte Sachbearbeitung, z.B. von aufgegriffenen Schleusern, sowie die Auswirkungen politischer Entscheidungen, erfolgte Gesetzesänderungen oder die Maßnahmen anderer Behörden eine riesige Herausforderung für die gesamte Organisation dar.

Rückführung

Mit der deutlich gestiegenen Zahl nach Deutschland eingereister Migranten hat auch die Zahl der abgelehnten Asylanträge und der Ausreisepflichtigen zugenommen. Wenngleich die Abschiebung im Regelfall Sache der Bundesländer ist, unterstützt die Bundespolizei hierbei den Vollzug der Abschiebung erheblich. Auch die Koordinierung der Rückführungsmaßnahmen obliegt der Bundespolizei. Die Rückführungen finden meistens auf dem Luftweg statt; regelmäßig werden hierbei Beamte der Bundespolizei als „Personenbegleiter Luft“ (PBL) eingesetzt.

Die Zahl der Rückführungen ist im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr von 13.851 auf 22.369 gestiegen.

Davon wurden 19.742 Rückführungen gegenüber 8.753 im Jahr 2014 auf dem Luftweg vollzogen – hauptsächlich über die Flughäfen Frankfurt/Main, München und Düsseldorf. 12.239 Rückführungen wurden mittels gecharterter Flugzeuge durchgeführt. Zur Begleitung von Rückzuführenden wurden u.a. 5.774 Polizeivollzugsbeamte der Bundespolizei eingesetzt.

Die Hauptzielländer von Rückführungen auf dem Luftweg in das Heimatland waren die West-

Aufgegriffene Schleuser (nach Häufigkeit der Nationalität)				
Staatsangehörigkeit	2015	2014	Rang in 2014	Entwicklung 2015 zu 2014 in %
Gesamt	3.370	2.149		+56,8
Syrien	390	176	1	+121,6
Rumänien	370	156	4	+137,2
Ungarn	362	169	3	+114,2
Deutschland	213	176	1	+21,0
Irak	168	48	13	+250,0
Bulgarien	153	55	12	+178,2
Serbien	146	149	5	- 2,0
Österreich	130	64	9	+103,1
Türkei	100	69	8	+44,9
Kosovo	100	85	7	+17,6

balkanstaaten Kosovo, Albanien, Serbien und Mazedonien.

Im Vergleich zu der Entwicklung bei den unerlaubten Einreisen bzw. der Asylantragstellung bleibt die Steigerungsrate bei den Rückführungen deutlich zurück.

Die Gründe für dieses Vollzugsdefizit sind trotz einiger erreichter Verbesserungen weiter-

hin vielfältig und komplex. Exemplarisch seien hier Probleme bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten, die Lage in manchen Zielstaaten oder das Untertauchen von Rückzuführenden genannt. Im Ergebnis tragen viele Aspekte dazu bei, dass Abschiebungen nicht immer wie vorgesehen durchgeführt werden konnten.

Rückführungsmaßnahmen dienen dem Vollzug der verfügten Ab- und Zurückschiebung von ausländischen Staatsangehörigen. Zuständig für Ab- und Zurückschiebungen sind in der Mehrzahl der Fälle die Behörden der Länder, in wenigen Fällen die Bundespolizei selbst. Die Bundespolizeibehörde oder zuständige Flughafendienststelle ist mit der konkreten Durchführung von Rückführungen auf Linien- und Charterflügen beauftragt. Die Koordinierung von Charterflügen erfolgt durch das Bundespolizeipräsidium. Auf Charterflügen sowie bei Bedarf auf Linienflügen begleitet die Bundespolizei die Rückzuführenden vom Eintreffen am Flughafen bis zur Übergabe im Zielstaat.

Bundesweit können derzeit etwas mehr als 600 Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei als „Personenbegleiter Luft“ eingesetzt werden. Diese besondere Qualifikation wird nach Durchlaufen eines speziellen Auswahlverfahrens durch erfolgreiches Absolvieren einer Zusatzausbildung erworben. Alle Kandidaten müssen neben ihren allgemeinpolizeilichen Fähigkeiten vor allem eine besonders hohe soziale und interkulturelle Kompetenz sowie Empathie besitzen.

Ein Rückzuführender muss in einem Luftfahrzeug zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung an Bord begleitet werden. Diese ist gefährdet, wenn ohne eine solche Begleitung eine Gefahr für ihn selbst oder andere Passagiere bestehen würde.

Die Bundespolizei nahm im Jahr 2015 159 Sammelrückführungen mittels Charterflugzeugen vor, was eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr bedeutet (42 derartige Maßnahmen). Hiervon erfolgten 41 in Zusammenarbeit mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex und gemeinsam mit anderen Mitgliedsstaaten der EU. Es ist wahrscheinlich, dass die Zahl der Sammelrückführungen weiter steigen wird, um den Anforderungen der Länder zur Realisierung von Abschiebungen auch zukünftig gerecht werden zu können.

Nach Einigung von Bund und Ländern im November 2015 ist beim Bundespolizeipräsidium zum 1. Januar 2016 eine Organisationseinheit zur Passersatzbeschaffung eingerichtet worden. Hierdurch sollen die Länder verstärkt bei der Lösung von in diesem Zusammenhang bestehenden Problemen unterstützt werden.

Diese Organisationseinheit ist eine Schnittstelle zwischen den Ländern und dem Bundesministerium des Innern, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern in Fra-

gen der Beschaffung von Passersatzpapieren wird hierdurch intensiviert.

Silvesternacht Köln

Das Jahr 2015 endete für die Bundespolizei nicht zuletzt mit den Vorkommnissen der Kölner Silvesternacht. Hierbei hatte eine Menschenmenge bestehend aus wohl weit mehr als 1.000 vornehmlich jungen Männern, darunter hauptsächlich Migranten aus dem nordafrikanischen Raum, auf dem Kölner Bahnhofsvorplatz bzw. im Bahnhof zahlreiche, überwiegend weibliche Passanten attackiert, bestohlen und/oder teilweise gravierend sexuell bedrängt. Die Dimension der Ereignisse einschließlich der massenhaften Verbindung von Diebstahlshandlungen (u. a. mittels des sogenannten Antanztricks) und sexuellen Nötigungen war in Deutschland bis dato unbekannt.

Der Einsatz der Landes- und Bundespolizei und die entsprechenden Abstimmungsprozesse von Bund, Land und Stadt waren Gegenstand einer breiten öffentlichen Diskussion und mündeten u. a. in einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Nordrhein-Westfälischen Landtags. In der Öffentlichkeit ging es insbesondere auch um die Frage, ob – bzw.



in welchen Fällen – Medien die Herkunft von Tatverdächtigen in ihrer Berichterstattung nennen und welche Bleibeperspektive in einem schweren Maße straffällig gewordene Asylbe-

weber unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten erwarten können sollten.

2015: ein besonderes Jahr für die Bundespolizei.

Herausragende Fahndungs- und Ermittlungserfolge der Bundespolizei



„Geisterschiffe“

Unter Leitung der Generalstaatsanwaltschaft Dresden haben die Bundespolizei und die Türkische Nationalpolizei am 20. Januar 2016 in einem bilateralen Einsatz 16 Wohnungen in Deutschland und zehn Wohnungen in der Türkei durchsucht und mehrere Haftbefehle vollstreckt. Dabei kamen auf Bundespolizeiseite fast 500 Beamte und aufgrund der Gefährdungslage sowohl die Spezialeinheit GSG 9 als auch die robuste Einheit BFE+ zum Einsatz. Die festgenommenen Personen stehen im Verdacht des gewerbsmäßigen bzw. des banden- und gewerbsmäßigen Einschleusens von Ausländern in mehreren Tausend Fällen. Ausgangspunkt der Ermittlungen waren die Feststellungen der drei zur Schleusung zweckentfremdeten Frachtschiffe MERKUR 1, BLUE SKY M und EZADEEN. Die ursprünglich zur Verschrottung vorgesehenen Schiffe waren Ende 2014 und Anfang 2015 mit zusammen 1.766 Migranten an Bord von ihren Besatzungen zum Teil mittels Autopilot auf Kurs Italien gesetzt und anschließend im Stich gelassen worden. Die Erkenntnisse aus den Ermittlungen zeigen deutlich, dass die Schleusungskriminalität keinerlei Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Geschleusten nimmt.



Ermittlungsverfahren „Sonnenuntergang“ (Navi)

Die Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Hamburg führte im Jahr 2015 im Raum Bremen ein verdecktes Ermittlungsverfahren wegen schweren Bandendiebstahls und gewerbsmäßiger Hehlerei durch. Dabei wurden insgesamt neun Personen festgenommen. Seit Dezember 2014 wurden an Bremer Bahnhöfen vermehrt Güterzüge heimgesucht, die hochwertige Neuwagen verschiedenster Marken geladen hatten. Die Täter entwendeten jeweils vorzugsweise die Multifunktionslenkräder, in einem Einzelfall sogar 27 Stück in einer Nacht. Dafür wurden die Fenster der Neuwagen eingeschlagen oder bei geschlossenen Transportwagen die Faltenbälge zwischen den Waggons aufgeschnitten. Die entwendeten Lenkräder wurden dann Hehlern über das Internet zum Verkauf angeboten. Die Tätergruppe hatte bei ihren Vergehen insgesamt 525 Lenkräder aus Kraftfahrzeugen im Raum Bremen entwendet und dabei einen Schaden von ca. 1,9 Millionen Euro verursacht. Im Rahmen eines ähnlich gelagerten Ermittlungsverfahrens durch die Kriminalpolizei Norderstedt folgte die Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Hamburg in einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe Hinweisen, die zu einer litauischen Tätergruppe führten. Diese Gruppe nahm ebenfalls Transportgutdiebstähle im Raum Bremen vor. Nach Abschluss der Ermittlungen konnten 21 Täter ermittelt und 600 Einzeltaten nachgewiesen werden. Dabei handelte es sich in 50 Fällen um den Diebstahl von Radio-Navigationssystemen auf Bahnanlagen. Durch die Diebstähle entstand ein Gesamtschaden in Höhe von ca. 1,5 Millionen Euro. Elf Täter wurden im Oktober 2015 in Deutschland und Litauen festgenommen. Durch intensive Finanzermittlungen konnten Vermögenswerte in der Höhe von ca. 628.000 Euro festgestellt und beschlagnahmt werden.



„Antanzen“

Die Bundespolizei in Kleve führte ein besonderes Ermittlungsverfahren gegen eine algerische Tätergruppe bestehend aus fünf Personen durch. Diese Täter nutzten u. a. den Antanztrick für die Begehung von Taschen- und Gepäckdiebstählen in nachweislich mehr als 30 Fällen. Die Täter befinden sich in Untersuchungshaft. Beim Antanzen handelt es sich um eine von vielen Methoden, die von Taschendieben angewandt werden, um Opfer des Diebstahls bei der Tatausführung abzulenken. Hierzu

wird das Opfer überschwänglich begrüßt und ein für das Opfer ungewollter Körperkontakt hergestellt. Diese provozierte Ablenkung wird dann durch die Täter für die unbemerkte Tatausführung genutzt. Der Antanztrick wird häufig im Zusammenhang mit Veranstaltungen angewandt. Die Täter stammen hauptsächlich aus Nordafrika, Rumänien oder Bosnien-Herzegowina und sind bandenmäßig organisiert. Infrage kommende Tatorte werden durch die Täter umfangreich aufgeklärt und haben oft keine Videoüberwachung.



Bei Luftsicherheitskontrollen im Jahr 2015 festgestellte verbotene Gegenstände:



340.888*

* Hierunter fallen z. B. 891 Schusswaffen,
6.919 Schusswaffennachbildungen sowie
2.372 Sprengstoffe und Munitionsteile.



Deliktsbereiche

Zusatzinformation:
Im Berichtsjahr 2015 wurden 1.536 strafrechtliche Delikte mittels stationärer Videotechnik auf Bahnanlagen und in Zügen aufgeklärt.

	2015	2014	Veränderungen	
			absolut	in %
Straftaten (insgesamt)	436.387	331.621	+104.766	31,6
Gesamtaufklärungsquote in %	82,1	76,8	+5,3	+6,9
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, darunter:	9.766	10.480	- 714	- 6,8
Körperverletzung (insgesamt), davon:	8.331	9.182	- 851	- 9,3
Gefährliche und schwere Körperverletzung	2.170	2.405	- 235	- 9,8
(Vorsätzlich leichte) Körperverletzung	6.161	6.584	- 423	- 6,4
Aufklärungsquote (vorsätzlich leichte) Körperverletzung in %	83,1	83,7	- 0,6	- 0,7
Diebstahl (insgesamt), darunter:	57.146	51.053	+6.088	+11,9
Taschendiebstahl	19.296	18.352	+944	+5,1
Vermögens- und Fälschungsdelikte, darunter:	153.831	154.743	- 912	- 0,6
Beförderungerschleichung	130.407	127.923	+2.484	+1,9
Urkundenfälschung	4.797	4.794	+3	+0,1
Sonstige Straftatbestände nach dem Strafgesetzbuch, darunter:	41.789	44.789	- 3.000	- 6,7
Sachbeschädigung (insgesamt), davon:	27.438	29.274	- 1.836	- 6,3
Sachbeschädigung durch Graffiti	15.333	17.356	- 2.023	- 11,7
Strafrechtliche Nebengesetze, darunter:	173.622	70.310	+103.312	+146,9
Straftaten gegen das Aufenthalts-, Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz/EU	171.477	68.164	+103.313	+151,6

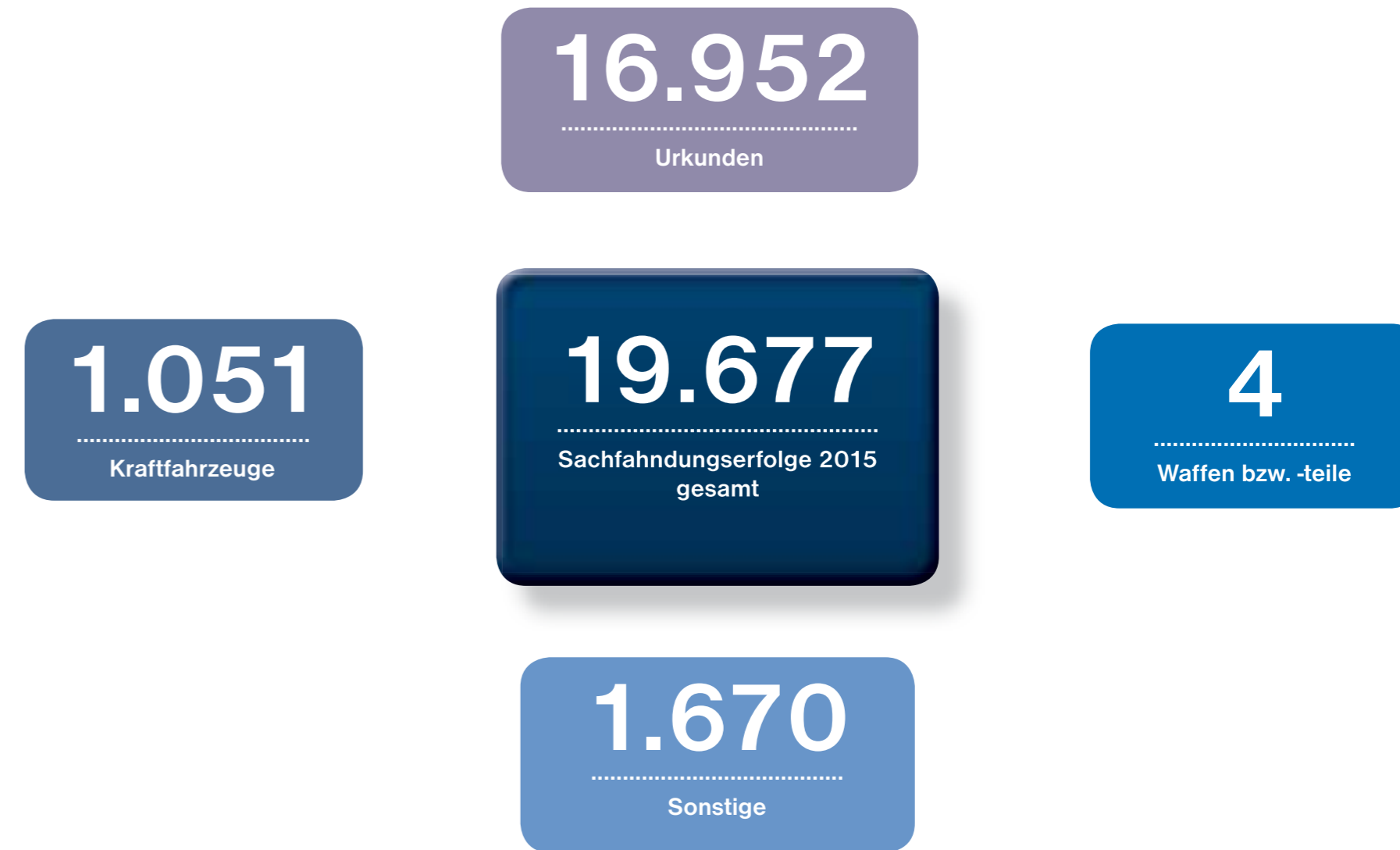
Quelle: PKS-Daten der Bundespolizei 2014 und 2015



Personenfahndungserfolge der Bundespolizei



Sachfahndungserfolge der Bundespolizei



Tatortarbeit, Erkennungsdienst,
kriminaltechnische Untersuchungen

140.834

[Erkennungsdienstliche
Behandlungen]

208

[Personenidentifizierungen
durch Lichtbildvergleich]

455.210

[Identitätsprüfungen /Fast-ID]

32.287

[Treffer Identitäts-
prüfungen /Fast-ID]

40.607

[Tatortarbeit und sonstige
kriminaltechnische
Spurenbearbeitungen]

23.865

[Urkundenprüfungen,
davon 5.956 durch
Sachverständige]



Ausland



81

.....

[Sicherheit lässt sich nicht allein innerhalb der Landesgrenzen gewährleisten. Mehr als 1.000 Bundespolizisten leisten aktuell ihren Dienst in 81 Staaten und Ländern der Erde. Knapp die Hälfte dieser Polizisten ist als Sicherheitsbeamte an deutschen Auslandsvertretungen und im Personenschutz tätig. Einige Dutzend arbeiten im Rahmen von Missionen unter Mandat der Europäischen Union, der Vereinten Nationen sowie in bilateralen Projekten. Weitere sind als Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte im Ausland, Grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte, Sicherheitsberater an deutschen Auslandsvertretungen, Dokumenten- und Visumberater sowie Mitarbeiter der Gemeinsamen Zentren tätig.]



Auslandseinsätze der Bundespolizei

Zeitraum Januar bis Dezember 2015; Beamte, die im Berichtszeitraum in mehreren unterschiedlichen Ländern eingesetzt waren, sind jeweils nur einmal berücksichtigt.

551

[Sicherheitsbeamte an deutschen
Auslandsvertretungen (SAV)]

256

[Frontex / Grenzpolizeiliche
Unterstützungsbeamte
Ausland (GUA)]

1.195

[Insgesamt im Jahr 2015 im Aus-
land eingesetzte Bundespolizisten]

44

[Bilaterales Grenzpolizeiprojekt
Vereinigtes Königreich
Saudi-Arabien]

63

[Beamte und Angestellte in den sieben im
Ausland gelegenen Gemeinsamen Zentren]

29

[Sicherheits-
berater]

15

[Sonstige
(UN, EU, AA)]

28

[Grenzpolizeiliche Ver-
bindungsbeamte (GVB)]

121

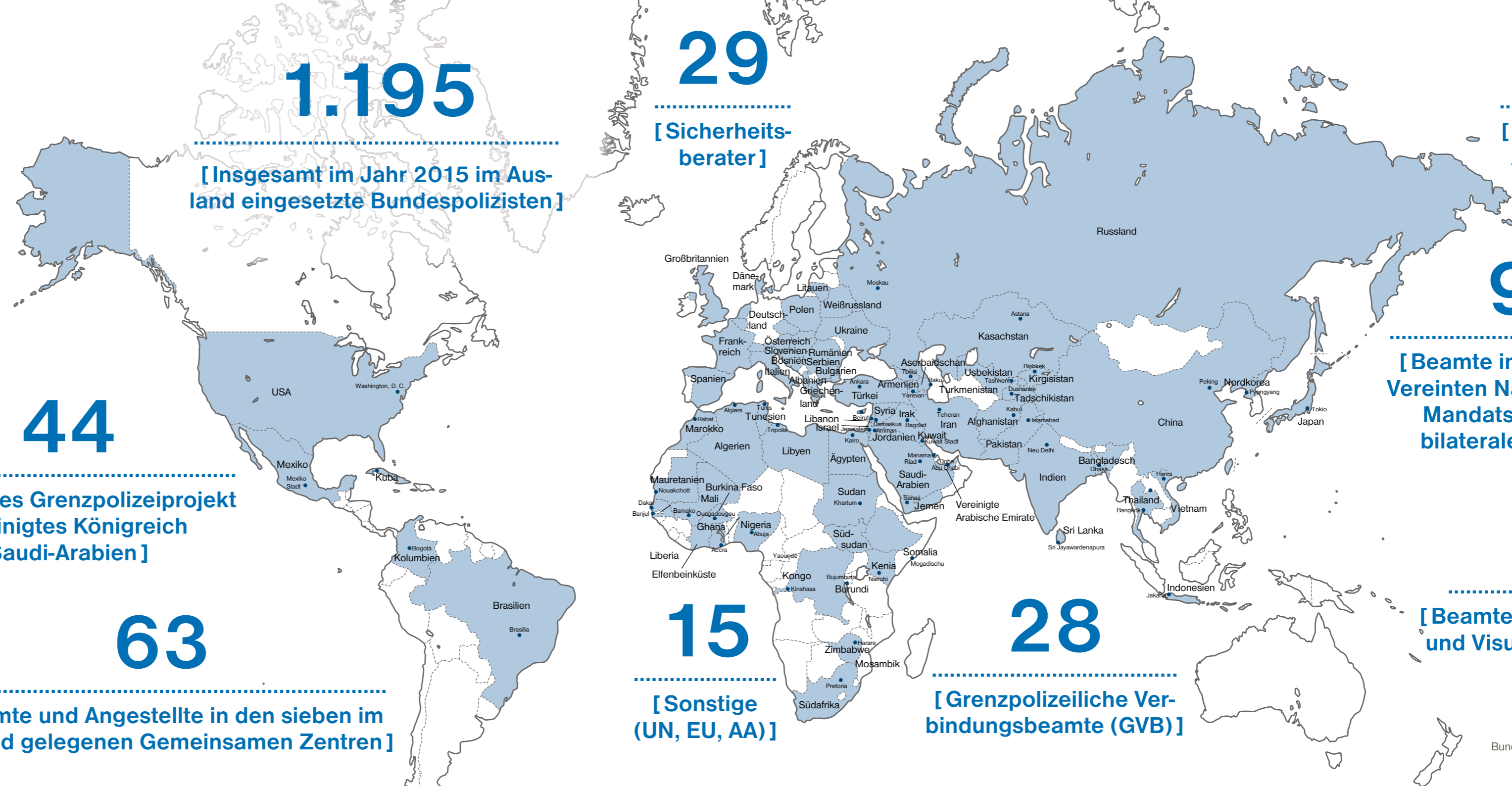
[Personenschutz
Ausland (PSA)]

93

[Beamte in Missionen der
Vereinten Nationen, anderer
Mandatsträger und in
bilateralen Projekten]

58

[Beamte als Dokumenten-
und Visumberater (DVB)]





Prävention

Im Jahr 2015 ging die Bundespolizei bei den Präventionskampagnen neue Wege – zu Land, zu Wasser und international



Das Piraterie-Präventionszentrum der Bundespolizei See hat im Jahr 2015 neben den Sicherheits-Workshops für Reedereien erstmalig ein Training für Weltumsegler angeboten. Im Fokus standen die Gefahren einer Weltumsegelung sowie die Möglichkeiten der Prävention vor Raubüberfällen oder Geiselnahmen.

Doch nicht nur auf dem Wasser sind die Bundespolizisten aktiv: Die Bundespolizei ist neuer Partner der Gemeinschaftskampagne „sicher drüber“ zur Vermeidung von Bahnübergangsunfällen. Neben ihrer langjährigen Erfahrung in der Präventionsarbeit bringt sich die Bundespolizei insbesondere mit Informationsveranstaltungen ein. Dabei werden Straßenverkehrsteilnehmer unmittelbar am Bahnübergang für richtiges Verhalten sensibilisiert.

Vor dem Hintergrund der Migrationslage in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte die Bundespolizei verschiedene mehrsprachige Präventionsmedien. Besonders in Unterkünften mit Bahnverbindungen kommen die Medien zum Einsatz, um über das richtige Verhalten auf Bahnanlagen zu informieren und somit insgesamt die Sicherheit auf Bahnanlagen zu erhöhen. Darüber hinaus sollen Zivilcourage und das Vertrauen in die Polizei gefördert werden.



Polizeitechnik

82.365.743

[Gefahrene Kilometer
im Jahr 2015]



21.523

[Flugstunden
im Jahr 2015]



169.032

[Seemeilen
im Jahr 2015]



16.892

[Luftrettungsdiensteinsätze
im Jahr 2015, dabei
4.517 transportierte Patienten]

Dienstfahrzeuge der Bundespolizei



1.551

[Streifenfahrzeuge]



315

[Anhänger]



24

[Elektro-/
Hybridfahrzeuge]

15

[Wasserwerfer]



13

[Rettungswagen]



Boote und Schiffe

5

[Kontroll- und
Streifenboote]



1

[Schlepper]

6

[Hochseetaugliche
Einsatzschiffe]



Polizeihubschrauber und Luftrettungsdienst



18

[Leichte Transport-
hubschrauber (H155)]



6

[Schulungs-
hubschrauber (H120)]

25

[Verbindungs-
hubschrauber (H135)]



16

[Zivilschutz-
hubschrauber (H135)]



19

[Mittlere Transporthubschrauber
(AS332 L1 Super Puma)]



Forschungs- und Erprobungsstelle



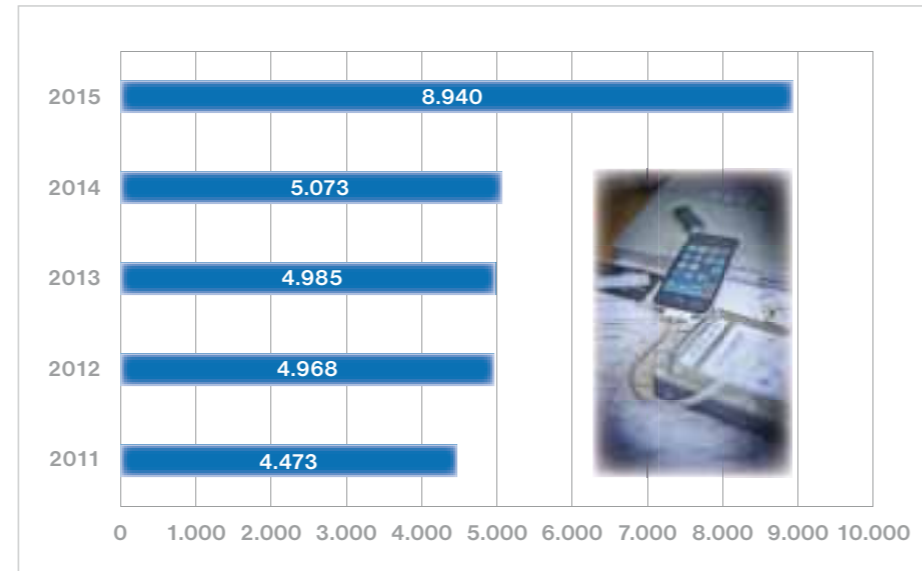
Die Erprobung, Bewertung, Zulassungsprüfung der Technik sowie deren Qualitätskontrolle im Betrieb ist der Aufgabenschwerpunkt der Forschungs- und Erprobungsstelle der Bundespolizei (FuE). Leitgedanke dabei ist, dass nur geprüfte Polizeitechnik in der Bundespolizei zum Einsatz kommt. Neue Technik wird zunächst im Labor und anschließend unter möglichst realen Bedingungen operativ erprobt. Das gilt für neue ballistische Schutzausstattung genauso wie für Bodycams, Wasserwerfer, Sprengstoffpürgeräte oder neue Gepäckröntgenanlagen.

Das Hauptaugenmerk der FuE liegt nach wie vor auf dem Bereich der Sprengstoffdetektion, denn eine zuverlässige Detektion von Explosivstoffen ist wesentlicher Bestandteil sowohl für eine effektive Terrorabwehr als auch für die Sicherheit im Luftverkehr. Beispielhaft seien hier die sukzessiv steigenden Detektionsanforderungen für automatische Reisegepäckkontrollanlagen oder die umfassende Einführung von Körperscannern und Sprengstoffpürgeräten genannt.

Informations- und Kommunikationstechnik

3,76 Mio.

[Funkgespräche im Digitalfunk]



8.940

[Überprüfungen von Mobilfunkendgeräten zur Beweissicherung im Strafverfahren]



Die Bundespolizei betreibt neben klassischer IT eine Vielzahl an speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen technischen Systemen. Hierzu zählen beispielsweise Fahndungskoffer – mobile Büros, mit denen Dokumente auf Fälschungsmerkmale geprüft, Lichtbilder erstellt, Ausnahmevisa gedruckt, Reisedokumente ausgelesen und Fast-ID-Abfragen durchgeführt werden können. So werden immer mehr Systeme miteinander vernetzt und immer neue Funktionalitäten kommen hinzu. Wer hätte vor Jahren gedacht, dass im Bereich der IT-Forensik auch Nichtinformatiker Mobilfunkendgeräte auslesen können? Durch die immer einfachere Handhabung ist dies heute möglich. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 50 Prozent mehr forensische Auswertungen vorgenommen.



An den Flughäfen steht nach EasyPASS schon das nächste Zukunftsprojekt ins Haus – die EU-Kommission plant unter dem Stichwort „SmartBorders“ die Einführung eines europäischen Einreise-/Ausreisensystems und eines europäischen Registrierungsprogramms für Vielreisende. U. a. am Flughafen Frankfurt am Main fand 2015 der deutsche Pilot zu „SmartBorders“ statt. In diesem Zusammenhang muss bereits heute über weitere technische Innovationen zur Prozessbeschleunigung (z. B. neuartige biometrische Erfassungssysteme und Self-Service-Stationen) nachgedacht und deren Erprobung vorbereitet werden.

7,3 Mio.

[Automatisierte Grenzkontrollen
mittels ]

61,98 Mio.

[INPOL-Fahndungsabfragen]



ca. 37,5 Mio.

[Optische Dokumentenprüfungen
mittels Dokumentenprüfgeräten]

Tiere in der Bundespolizei



471

[Diensthunde]

Diensthunde werden in der Bundespolizei als Schutzhund, Sprengstoffspürhund, Pyrotechnikspürhund und Wachhund eingesetzt.

Das Mitführen und Zeigen von Diensthunden entfaltet eine spürbare präventiv-polizeiliche Wirkung und setzt in der Regel die Flucht- und Gewaltbereitschaft polizeipflichtiger Personen herab.

Schutzhunde können eingesetzt werden, um Personen aufzuspüren, flüchtige Personen zu stellen, Geländeteile und Räumlichkeiten zu überwachen, Einsatzräume abzusperren und frei zu halten.

Sprengstoffspürhunde eignen sich zum Aufspüren, Lokalisieren und Anzeigen von Waffen, Munition, Explosivstoffen und Chemikalien, die zur Herstellung von Unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) geeignet sind.

Pyrotechnikspürhunde sind zur Detektion von Pyrotechnik einerseits bei der objektbezogenen Absuche, insbesondere von Gebäuden, Verkehrsmitteln, Geländeteilen, Gepäckstücken, und andererseits zur Absuche an Personen und deren Handgepäck in verschiedenen Aufgabenbereichen der Bundespolizei einsetzbar.

Wachhunde dienen der Bewachung und der Sicherung eigener Einrichtungen.



24

[Dienstpferde]

Dienstpferde können u. a. zur Überwachung, zur offenen Aufklärung von schwer zugänglichen Geländeteilen, zum Freihalten von Einsatzräumen sowie zur Vor- und Nachaufsicht eingesetzt werden.

Spitzensport- förderung



Gesamtübersicht der Medaillen
2015 bei Welt- und Europameisterschaften



* Die Europaspiele wurden 2015 erstmalig ausgetragen. Veranstalter war das Europäische Olympische Komitee (EOC). Diese kontinentalen Spiele (vergleichbar mit den Asienspielen oder den Panamerikanischen Spielen) waren ein Testlauf.



Impressum

Herausgeber

Bundespolizeipräsidium
Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Tel +49 (0) 331 97 997 9410
Fax +49 (0) 331 97 997 9321
presse@polizei.bund.de
www.bundespolizei.de

V. i. S. d. P.: Ivo Priebe

Redaktion

Gero von Vegesack
Helvi Abs
Frank Borchert

Mitarbeit

Sebastian Grafe
sowie
Angehörige zahlreicher
Dienststellen der Bundespolizei

Layout und Satz

Olaf Herling, Berlin

Lektorat

Dr. Frauke Severit, Berlin

Bildnachweis

Alle Fotos © Bundespolizei, außer
U4: picture alliance/dpa
S. 1: Henning Schacht
S. 3, 16, 34 f.: Christoph Petras
S. 36: Bundesministerium des Innern
S. 47: picture alliance/dpa
S. 57: Markus Böhm, Top24News
S. 60: pixelio/Petra Schmidt
S. 69: fotolia/james_pintar
S. 79, 88: Christoph Petras

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der
Vervielfältigung bedarf der vorherigen
schriftlichen Genehmigung durch den
Herausgeber.

Druck

Appel & Klinger Druck und Medien GmbH,
Schneckenlohe
1. Auflage





Unsere kostenfreie Servicenummer:
0800 6 888 000
(24 Stunden erreichbar)



BUNDESPOLIZEI